



Generalregister der Gerichts- und
Verwaltungspraxis des Kantons Zug
1977-1998

Staatskanzlei des Kantons Zug
Zug 2000 - 700

A

Abänderungsverfahren

Gerichte

- Zuständigkeit zur Aufhebung oder Einschränkung des Besuchsrechts
95/96 S. 62
- s. Gewalt, elterliche
- ausnahmsweise Zuständigkeit des Richters am Wohnsitz des Klägers
79/80 S. 63

Abbruchmaterial

- s. Umweltschutz

Aberkennungsklage

- s. Frist

Abgrabung

- s. Höhenvorschriften

Abgrenzung

Gerichte

- zwischen Zivilrecht und öffentlichem Recht bei Überprüfung eines
Entscheides der vormundschaftlichen Behörden 87/88 S. 110

Abparzellierung

Gerichte

- Zuständigkeit und Verfahren bei Widerspruch 89/90 S. 42
- Wohn- und Ökonomiegebäude können auch dann nicht von einem
landwirtschaftlichen Heimwesen abparzelliert werden, wenn sich deren
Grundfläche im Rahmen der Freigrenze bewegt 87/88 S. 89

Abstimmungsbeschwerde

Gerichte

- mit der Abstimmungsbeschwerde kann die fehlerhafte Rechtsanwendung nicht gerügt werden 95/96 S. 8
- vorzeitige Beschwerde gegen eine Urnenabstimmung; summarische Prüfung des Beschwerdebegehrens 87/88 S. 278
- auch materiellrechtliche Rügen 81/82 S. 3

Abzahlungsvertrag

Gerichte

- Anwendbarkeit der Bestimmungen über den Abzahlungsvertrag, wenn der Verkäufer und der Darleiher zusammenwirken, um dem Käufer die Kaufsache gegen eine nachträgliche Leistung des Entgeltes in Teilzahlungen zu verschaffen. 91/92 S. 128.

Adhäsionsklage

- s. Zivilforderung

Adoption

Verwaltung

- s. Namensänderung
- Zustimmung der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde 89/90 S. 211
- Anerkennung einer in Korea durch einen schweizer Staatsangehörigen erfolgte Adoption 91/92 S. 299
- eines Kindes mit deutscher Staatsbürgerschaft durch in der Schweiz wohnhafte italienische Adoptiveltern 81/82 S. 168
- einer mündigen Tochter durch die Stiefmutter 77/78 S. 126

Adoptivkind

- s. Bürgerrecht

Akte

- s. Zustellung

Akteneinsicht

Gerichte

- Voraussetzungen für die Einsicht in die Protokolle, Register und Akten der Betreibungs- und Konkursämter 97/98 S. 145; 91/92 S. 147
- des Privatklägers im Strafverfahren 93/94 S. 194; 85/86 S. 139
- des Geschädigten im Strafverfahren 89/90 S. 145

Verwaltung

- Verweigerung der Einsichtnahme der Mutter in das psychiatrische Gutachten bezüglich Entziehung der elterlichen Obhut/Kindesschutz 97/98 S. 334
- in Gemeinderatsprotokolle 95/96 S. 127
- in das Stimmregister einer Korporation 91/92 S. 242
- nach § 12 des Gemeindegesetzes 87/88 S. 179

Aktenergänzungsbegehren

Gerichte

- Überprüfung durch die Justizkommission bei Abweisung durch den Untersuchungsrichter 85/86 S. 148
- s. Geschädigter

Alters- und Hinterlassenenversicherung

Gerichte

- faktische Organstellung 97/98 S. 23
- Gerichtsstand. Für Streitigkeiten über das nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses errichtete Freizügigkeitskonto steht der Gerichtsstand des Betriebsortes nicht mehr zur Verfügung. 93/94 S. 105
- Teilhaber einer nicht kaufmännischen Kollektivgesellschaft, welche die Sicherung und Verwaltung der von ihnen eingebrachten Mehrheitsbeteiligung an Familienunternehmungen bezweckt, unterliegen nicht der Beitragspflicht. 91/92 S. 101.
- Nachfrist zur Verbesserung der Beschwerde 87/88 S. 83
- Der in Deutschland wohnhafte Kommanditär einer Personengesellschaft mit Sitz in London und einer Zweigniederlassung in der Schweiz

- ist für das Einkommen aus der Zweigniederlassung in der Schweiz als Selbständigerwerbender beitragspflichtig 85/86 S. 64
- beitragsrechtliche Berichtigung der Beitragsleistungen innert der Verjährungsfrist 85/86 S. 66
 - Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit: Tantiemen eines Verwaltungsrats 83/84 S. 75; S. 76; 77/78 S. 89
 - Haftung des Arbeitgebers für Sozialversicherungsbeiträge 83/84 S. 79
 - Beitragspflicht Erwerbstätiger ohne Wohnsitz in der Schweiz 81/82 S. 54
 - Franchisenehmer als unselbständig Erwerbender 81/82 S. 54
 - Definition des unselbständig Erwerbenden 79/80 S. 56
 - Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit
 - Hilflosenrente: Voraussetzungen zum Bezug 77/78 S. 95

Altstadtreglement

Gerichte

- Besonderheiten der Bauvorschriften für die Altstadt Zug 93/94 S. 40; 91/92 S. 60.

Amt für Ausländerfragen

- s. Aufsichtsbeschwerde

Anerkennung

Gerichte

- und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche 97/98 S. 139
- eines österreichischen Zahlungsbefehls 93/94 S. 137
- Kostenaufgabe bei Anerkennung der Klage 77/78 S. 181

Verwaltung

- Voraussetzungen der Anerkennung und Eintragung einer im Ausland erfolgten Kindeserkennung in der Schweiz 91/92 S. 312
- eines Kindes schon vor der Geburt 87/88 S. 229
- durch einen Gefangenen in der Strafanstalt Bostadel; Zuständigkeit 85/86 S. 197

Anerkennungsregister

Verwaltung

- Ergänzung 95/96 S. 151

Anfechtung

Gerichte

- eines Genehmigungsentscheides des Regierungsrates 93/94 S. 28
- s. Beistand
- s. Beschwerdelegitimation
- eines Gemeindebeschlusses 91/92 S. 3

Verwaltung

- Rechtsmittelentscheid der Vorinstanz als taugliches Objekt der Anfechtung 91/92 S. 246

Anfechtungsklage

Gerichte

- Anerkennung einer Anfechtungsklage im Sinne von Art. 706 OR 93/94 S.122
- Höhe des Streitwertes bei Klagen auf Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen 87/88 S. 130

Angeklagter

- s. Beweiswürdigung
- s. Freispruch

Angeschuldigter

- s. Zeugeneinvernahme
- s. Stimmenvergleich

Angetrunkenheit

Gerichte

- besondere Umstände, nach denen bereits ab 0,5 Gewichtspromillen eine Angetrunkenheit angenommen werden kann 87/88 S. 81

Anklageprinzip

Gerichte

- Im zugerischen Strafprozess wird der Prozessstoff nicht durch die Anklage bestimmt und begrenzt, sondern durch das Überweisungsverfahren. 79/80 S. 103

Anstand

Gerichte

- Wahrung des Anstandes in einer Rechtsschrift 81/82 S. 136

Antennen

Verwaltung

- Verbot von Antennen 95/96 S. 177
- Beschränkung von Aussenantennen 89/90 S. 228

Anwalt

- s. Vertretung
- s. Rechtsbeistand, unentgeltlicher

Anwaltsgeheimnis

Gerichte

- Gesuch um Befreiung vom Anwaltsgeheimnis 89/90 S. 126

Anwaltskosten

- vorprozessuale: Bemühungen des Parteivertreters vor dem Friedensrichter sind nicht im Rahmen der Parteientschädigung zu erstatten 85/86 S. 122

Anwaltsrecht

Gerichte

- Grundsatz der Unabhängigkeit des Anwalts: Kriterien nach denen ein bei einer Treuhandgesellschaft angestellter Rechtsanwalt Dritte vor Gericht vertreten darf. 97/98 S. 216

- Opportunitätsprinzip im Disziplinarverfahren 97/98 S. 216
- Wahrheitsgebot bei der Firma einer Anwalts-AG 97/98 S. 218
- Ein Verstoss gegen die Standesregel, wonach der Anwalt ohne Einverständnis seines Vorgängers kein Mandat übernimmt, ist aufsichtsrechtlich nicht relevant. 93/94 S. 212
- guter Leumund als Voraussetzung zur Erteilung des Anwaltspatents 91/92 S. 193; 87/88 S. 114
- Mitteilung von Disziplinarstrafen an die Aufsichtsbehörde des Stammkantons 87/88 S. 113
- Die Kognition des Moderationsrichters erschöpft sich in der Rechnungskontrolle; der Moderationsentscheid ist kein Zivilurteil und kein Vollstreckungstitel. 87/88 S. 117
- Berufspflichtverletzung nach Anwaltsgesetz 81/82 S. 107

Anweisung

Gerichte

- Rechtsnatur der Schuldneranweisung gemäss Art. 291 ZGB 97/98 S. 193

Anzeigerstatter

- s. Privatkläger

Arbeitslosenhilfe

Gerichte

- Das Erfordernis des zweijährigen Wohnsitzes versteht sich für die Zeit unmittelbar vor dem Bezug der kantonalen Arbeitslosenhilfe. 93/94 S. 95
- Wer kann auch ohne Arbeitslosenhilfe seinen Lebensunterhalt bestreiten? 89/90 S. 90

Arbeitslosenversicherung

Gerichte

- Beitragszeit im Sinne von Art. 8 AvlG 97/98 S. 47
- Vermittlungsfähigkeit als Anspruchsvoraussetzung 97/98 S. 51; S. 53
- Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung 97/98 S. 57

- Sanktionskompetenz des zugerischen RAV 97/98 S. 60
- versicherter Verdienst eines Dozenten nach stufenweiser Reduktion seines Pensums 95/96 S. 52
- Anrechnung von Zwischenverdienst. Berechnung des Differenzausgleichs unter Umrechnung auf den Tagesverdienst 93/94 S. 91
- Wann ist ein Praktikum Ersatzarbeit zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit? 85/86 S. 79
- Wenn ein Aktionär die Gesellschaft, bei der er angestellt ist, trotz Mehrheitsbeteiligung nicht beherrscht, ist er als versicherungsfähiger Arbeitnehmer zu betrachten.
- Selbstverschulden: Einstellung der Anspruchsberechtigung 77/78 S. 112; S. 115
- Eine Lohnkürzung bei Einhaltung der vollen Arbeitszeit begründet keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung. 77/78 S. 113

Arbeitslosigkeit

- s. Zwischenveranlagung

Arealüberbauung

Gerichte

- bauliche Änderungen an einer als Arealüberbauung erstellten Siedlung 89/90 S. 52
- Berechnung der Ausnützung 87/88 S. 68

Verwaltung

- Erhöhte Anforderungen gegenüber der Einzelbauweise 97/98 S. 332
- Einräumung eines öffentlichen Fusswegrechtes als Auflage 89/90 S. 227

Arglist

Gerichte

- bei Vorlage einer gefälschten Bankgarantie zur Erlangung eines Kontokorrentkredits 93/94 S. 153

Arrest

Gerichte

- örtliche Zuständigkeit, wenn der Liquidationsanteil eines im Ausland lebenden Schuldners an einer in der Schweiz gelegenen ungeteilten Erbschaft mit Arrest belegt werden soll 93/94 S. 143
- Bei Vermögenswerten, die offenkundig nicht dem Arrestschuldner gehören, hat das Betreibungsamt einen Arrestvollzug zu verweigern. 91/92 S. 176
- bezüglich eherechtlicher Ansprüche 91/92 S. 178
- das Vorhandensein des Arrestgegenstandes muss glaubhaft gemacht werden 89/90 S. 120
- Zuständigkeit des Arrestrichters zur Auferlegung einer Arrestkaution 85/86 S. 98
- Androhung von Strafsanktionen durch das Betreibungsamt 81/82 S. 100

Asylgesuch

- s. Urkunde

Aufenthaltsbewilligung

Verwaltung

- Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung eines strafbaren Saisonniers 93/94 S. 220

Aufsicht

Gerichte

- über den Willensvollstrecker 77/78 S. 131

Verwaltung

- über Gemeinden 91/92 S. 253
- des Kantons über die Finanzhaushalte der Gemeinden 91/92 S. 262; 87/88 S. 192; 85/86 S. 167; 85/86 S. 168; 83/84 S. 178
- s. Korporationen
- s. Stiftungsaufsicht

Aufsichtsbehörde

Gerichte

- Die Justizkommission ist nicht allgemeine Aufsichtsbehörde über das Untersuchungsrichteramt 97/98 S. 215
- über Rechtsanwälte zur Verhängung von Ordnungsbussen 81/82 S. 107
- s. Regierungsrat

Verwaltung

- s. berufliche Vorsorge
- s. Adoption
- s. Anwaltsrecht
- s. Geburtsregister
- Berichtigung des Eheregisters: wann ist die Aufsichtsbehörde, wann der Richter zuständig ? 85/86 S. 188
- Amtsenthebung des Willensvollstreckers 83/84 S. 196
- Mitwirkung der vormundschaftlichen Aufsichtsbehörde bei der Veräußerung von Grundstücken im Rahmen von Erbteilungen mit Beteiligung Bevormundeter 79/80 S. 137

Aufsichtsbeschwerde

Gerichte

- Gegen die Mitteilung des Regierungsrates über die Erledigung einer Aufsichtsbeschwerde ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde nicht zulässig. 83/84 S. 113

Verwaltung

- gesetzliche Grundlagen 97/98 S. 262
- s. Grundbuch
- gegen eine Verfügung des Amtes für Ausländerfragen 93/94 S. 322
- gegen Mitglieder des Regierungsrates 93/94 S. 336
- als Rechtsbehelf 91/92 S. 257; 91/92 S. 271
- Voraussetzungen 91/92 S. 334
- s. Stimmrechtsbeschwerde

- gegen eine als ungerechtfertigt empfundene Behandlung durch den gemeindlichen Sozialdienst 87/88 S. 280
- subsidiärer Charakter 85/86 S. 206

Augenschein

Gerichte

- Duldung durch einen nicht am Prozess beteiligten Dritten 89/90 S. 140

Ausgleichung

Gerichte

- Die Gewährung von Unterhalt und Verpflegung im Haushalt der Erblasserin an einen Präsumtiverben stellt auch bei Unentgeltlichkeit keine ausgleichungspflichtige Zuwendung im Sinne von Art. 626 ZGB dar 97/98 S. 126

Auskunft

- s. Treu und Glauben

Auskunftsperson

Gerichte

- die Einvernahme von Auskunftspersonen ist auch im zugerischen Strafverfahren zuzulassen 93/94 S. 171
- s. Beweiswürdigung, freie

Auskunftspflicht

Gerichte

- unter Ehegatten 91/92 S. 115

Ausnahmebewilligung

- Art. 24 RPG. Ausnahmebewilligung ausserhalb der Bauzone. Abbruch eines nicht bewilligungsfähigen Holzschopfes 91/92 S. 47
- eine bauliche Ausnahmebewilligung setzt eine hinreichend darzulegende Ausnahmesituation voraus 85/86 S. 50
- Ausnahmebewilligung ausserhalb der Bauzone. Kiesabbau 83/84 S. 33

- Ausnahmegewilligung ausserhalb der Bauzone im übrigen Gemeindegebiet 81/82 S. 41

Ausnützungsziffer

Gerichte

- anrechenbare 93/94 S. 14
- anrechenbare Räume unterhalb des Erdgeschosses 93/94 S. 21
- Treppenhaus und Lift fallen nicht unter die nicht anrechenbaren Flächen von Gemeinschaftsräumen in Wohnhäusern mit mehr als drei Wohnungen 91/92 S. 57.
- Berechnung bei einer Arealüberbauung 87/88 S. 68
- Berechnung bei Einbezug eines Estrichraums 81/82 S. 191
- Erhöhung durch Überdachung eines dachgartenähnlichen Vorbaus 79/80 S. 41

Verwaltung

- einer in zwei verschiedenen Zonen gelegenen Parzelle 81/82 S. 189

Aussageverweigerungsrecht

- s. in dubio pro reo
- s. Beweiswürdigung

B

Bandenmässigkeit

Gerichte

- bei Drogenhandel 93/94 S. 167

Bankgarantie

- s. Sicherstellung
- Inhalt 79/80 S. 96

Baudirektion

Gerichte

- Bewilligung von Bauten ausserhalb der Bauzone 89/90 S. 39
- Zuständigkeit, den Abbruch oder die Wiederherstellung des rechtmässigen baulichen Zustandes bei Bauten ausserhalb der Bauzone zu verfügen 89/90 S. 41

Bauermittlungsverfahren

Gerichte

- Wirft die Begründung einer Baubewilligung für den Bauherrn Fragen auf, so steht im das Bauermittlungsverfahren offen 87/88 S. 62

Verwaltung

- Verbindlichkeit eines Vorentscheides 79/80 S. 186
- Zuständigkeit zum Entscheid über ein Bauermittlungsgesuch 77/78 S. 226

Baupolizei

Verwaltung

- Oberaufsicht des Regierungsrates 81/82 S. 188

Baurecht

- s. Planungs- und Baurecht
- und Überbaurecht 77/78 S. 218

Baulinienraum

Gerichte

- Bauverbot für Bauten, welche mit der späteren Zweckbestimmung des Landes im Widerspruch stehen 89/90 S. 49

Verwaltung

- Umbauten innerhalb der Baulinien 85/86 S. 201

Bauwerk

- s. Geistiges Eigentum

Beamter

- s. Verantwortlichkeit

Bebauungsplan

Gerichte

- Pflicht zur Verwirklichung eines Gesamtkonzepts 95/96 S. 8
- Bindung der Baubehörde 83/84 S. 209
- Tragweite der Bebauungsplanpflicht 83/84 S. 210

Verwaltung

- kleine Änderung von Zonen- und Bebauungsplänen 77/78 S. 223

Befangenheit

Gerichte

- Ausschluss eines Zeugen 85/86 S. 131
- keine Befangenheit, wenn das Interesse des Zeugen gegenüber den Parteien das nämliche ist 81/82 S. 140

Befehlsverfahren

- s. vorsorgliche Massnahmen
- Die unverheiratete Mutter kann auf Begehren des Kindes im Befehlsverfahren nicht zur Bekanntgabe des Vaters gezwungen werden. 77/78 S. 197

Beglaubigung

Gerichte

- einer Unterschrift nur in der im Gesetz klar umschriebenen Weise 85/86 S. 110

Begründung

Gerichte

- einer Beschwerde; Anforderungen 85/86 S. 138

Begutachtung

Gerichte

- stationäre Begutachtung eines Jugendlichen 95/96 S. 92

Behörde

Verwaltung

- die Motorfahrzeugkontrolle gilt als entscheidungsberechtigte Behörde im Sinne des Verwaltungsrechtspflegegesetzes 87/88 S. 271
- s. Parteientschädigung
- s. Vormundschaftsbehörde
- s. Aufsichtsbehörde

Beirat

- s. Vormundschaft

Beistand

Verwaltung

- gesetzliche Aufgaben des Erziehungsbeistandes 97/98 S. 295
- Verzicht auf eine Erziehungsbeistandschaft 97/98 S. 311
- Ausschlussgrund 95/96 S. 164
- Anfechtung der Wahl 93/94 S. 265; 89/90 S. 216; 87/88 S. 253
- auf eigenes Begehren 89/90 221

- im Erbgang eines Ehemannes für die Ehefrau, die sich in Spitalpflege befindet 87/88 S. 207
- Eignung des Beistandes 87/88 S. 253

Berichtigungsanspruch

- s. Persönlichkeitsverletzung

Berufliche Vorsorge

Gerichte

- Höhe der Austrittsleistung 97/98 S. 36
- Wann liegt bei Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ein pensionskassenrechtliches Selbstverschulden vor? 91/92 S. 104.
- unüblich hohe und deshalb AHV-pflichtige BVG-Prämien 89/90 S. 86
- Verwaltungsgericht als einzige kantonale Instanz über Streigigkeiten zwischen Anspruchsberechtigten und Vorsorgeeinrichtungen 89/90 S. 89

Verwaltung

- Ausdehnung der Anwendbarkeit bestimmter BVG-Bestimmungen auch auf nichtregistrierte Personalfürsorgestiftungen 97/98 S. 333
- zwingende Pflicht der Vorsorgeeinrichtung, sämtliche Austrittsleistungen samt Verzugszinsen spätestens zwei Jahre nach Eintritt des Freizügigkeitsfalles zu erbringen 97/98 S. 333
- fehlende Anerkennung der Kontrollstelle durch das Bundesamt für Sozialversicherung 95/96 S. 182
- Ausstand des Vorstehers der Direktion des Innern 95/96 S. 182
- Massnahmen der Aufsichtsbehörde bei ungenügender Organisation 95/96 S. 182
- Pensionskasse Landis & Gyr 95/96 S. 183
- organisatorische Aufhebung einer Stiftung 95/96 S. 187
- Fusion von Vorsorgeeinrichtungen einer Firmengruppe 93/94 S. 300
- Verrechnung von Stiftungsforderungen mit Destinatäransprüchen 93/94 S. 306
- Darlehensgewährung ohne Sicherheiten 93/94 S. 306

- Verwendung der freien Stiftungsmittel 91/92 S. 332
- Teilliquidation einer Personalvorsorgestiftung 91/92 S. 332
- organisatorische Aufhebung einer Personalvorsorgestiftung 91/92 S. 332; 91/92 S. 333
- Verzinsung der Ansprüche der Vorsorgeeinrichtung gegenüber dem Arbeitgeber 87/88 S. 266

Berufskrankheit

- s. Unfallversicherung

Berufungsverfahren

Gerichte

- (in Strafsachen) s. Rechtshängigkeit
- (in Zivilsachen) s. Novenrecht
- Berufungsbegründung als Gültigkeitserfordernis 87/88 S. 136
- Beschwer als Voraussetzung 81/82 S. 149; 79/80 S. 100
- gegen Vor- und Zwischenentscheide 79/80 S. 103
- Teilanfechtung eines Strafurteils 79/80 S. 108
- Festlegung der Grundgebühr im Berufungsverfahren 77/78 S. 167
- s. Oficialmaxime
- s. Privatkläger

Beschwer

- s. Berufungsverfahren
- als Rechtsmittelvoraussetzung 79/80 S. 100

Beschwerde

Gerichte

- keine Beschwerde nach § 208 Ziff. 1 ZPO gegen die Gutheissung oder die Verweigerung einer superprovisorischen Verfügung 97/98 S. 188
- keine Beschwerde des Aktionärs in eigenem Namen gegen die Verfügung des Kantonsgerichts über die Auflösung der AG 97/98 S. 192

- Das zur Beschwerde nach § 80 Abs. 1 StPO vorausgesetzte Interesse muss ein rechtliches sein. 97/98 S. 214
- s. Friedensrichter
- gegen Liquidatoren nach 316e SchKG 95/96 S. 81
- gegen den Zuständigkeitsbeschluss des Kantonsgerichts 95/96 S. 97
- an die Justizkommission gegen einen prozessleitende Verfügung der Vorinstanz 95/96 S. 98; 81/82 S. 141
- gegen den Einstellungsbeschluss des Strafgerichts 95/96 S. 97
- gegen die Übermittlung der Akten an das Einzelrichteramt (a Polizeirichteramt) zur Beurteilung mit Strafbefehl 95/96 S. 101
- gegen Verweigerung der Verschiebung einer Verhandlung vor Strafgericht 95/96 S. 104
- des Gläubigers gegen die Sperrung der schuldnerischen Konten durch das Untersuchungsrichteramt 95/96 S. 106
- gegen die Eröffnung der Untersuchungshaft 95/96 S. 116
- s. Parteientschädigung
- gegen gemeindliche Nutzungspläne und Bauvorschriften 93/94 S. 177; 93/94 S. 321
- des Opfers gegen die Einstellungsverfügung an die Justizkommission nach Art. 8 lit. B OHG 93/94 S. 209
- Keine Beschwerde gegen Ausführungserlasse des Regierungsrates im Sinne einer abstrakten Normenkontrolle. 91/92 s. 78.
- nach § 208 Ziff. 4 ZPO unzulässig gegen die Sistierung eines Verfahrens 91/92 S. 218
- unzulässig gegen die Begründung eines Entscheides 87/88 S. 62
- s. Vorschusspflicht
- Die Aufzählung von § 80 StPO ist abschliessend 87/88 S. 156
- an die Justizkommission gegen Verfügungen des Referenten 85/86 S.125
- Anforderungen an die Begründung 85/86 S. 138
- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde
- gegen einen Zwischenentscheid 83/84 S. 117

- s. Sprungbeschwerde
- s. Untersuchungshaft

Verwaltung

- gegen einen Beschluss der Gemeindeversammlung 97/98 S. 273
- s. Gemeinderat
- gegen eine Urnenabstimmung 95/96 S. 116; 91/92 S. 280
- s. Einbürgerung
- s. Aufsichtsbeschwerde
- gegen den grossen Gemeinderat der Stadt Zug 91/92 S. 276
- s. Parteientschädigung
- s. Gemeindeversammlung
- s. Wiedererwägung
- s. Gegenstandslosigkeit

Beschwerdelegitimation

Gerichte

- zur Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbeschwerde 97/98 S. 87
- des Vor- und des Nacherben im Prozess um die Anfechtung einer letztwilligen Verfügung 97/98 S. 123
- des städtischen Parlamentariers bei Abstimmungsbeschwerden 95/96 S. 8
- der Gemeinde zur Anfechtung eines Nichtgenehmigungsentscheides des Regierungsrates 81/82 S. 3
- des Konkursamtes zur Berufung 81/82 S. 99
- gegen Urnenwahlen 79/80 S. 3
- der benachbarten Stockwerkeigentümer zur Anfechtung einer Baubewilligung 79/80 S. 88

Verwaltung

- zur Anfechtung von Einredeentscheiden des Gemeinderates 97/98 S. 229
- ideeller Organisationen zur Anfechtung eines Nutzungsplanes 93/94 S. 321

- einer Gemeinde zur Anfechtung eines Nutzungsplanes einer Nachbargemeinde 91/92 S. 345
- von Mitgliedern einer Erbengemeinschaft zur Anfechtung eines Genehmigungsbeschlusses des Grossen Gemeinderates 89/90 S. 234
- zur Anfechtung von Beschlüssen der Gemeindeversammlung 87/88 S. 176
- von Stimmbürgern bei Missachtung eines Abstimmungsbeschlusses 87/88 S. 277
- bei Verletzung von Ausstandspflichten in der Gemeindeversammlung 83/84 S. 160
- gegen den Erlass von Verkehrsanordnungen der Gemeinde 81/82 S. 195
- eines Vereins 79/80 S. 122
- s. Verwaltungsbeschwerde

Besitzerschutz

Gerichte

- Anvertrautsein eines Fahrzeuges im Sinne von Art. 933 ZGB 97/98 S. 129

Besitzstandsgarantie

Gerichte

- bei Wiederaufbau eines abgerissenen Gebäudes 97/98 S. 89
- für altrechtliche Bauten nicht mittels Ausnahmegewilligungen in den Bereich von Neubauten 93/94 S. 36; 81/82 S. 46
- bei Sanierung einer altrechtlichen Flachdachbaute 87/88 S. 65

Bestattungswesen

Verwaltung

- Abtretungsverbot altrechtlicher Grabkonzessionen 85/86 S. 203

Besuchsrecht

Gerichte

- die Ablehnung der Vollstreckung über längere Zeit ist dem Abänderungsverfahren vorbehalten 95/96 S. 62

- Für ausgefallene Besuchstage ist weder ein allgemeines Nachholrecht anerkannt noch wird ein allgemeines Nachholverbot postuliert. 93/94 S. 108

Verwaltung

- des Vaters eines Kindes aus einem gescheiterten Konkubinatsverhältnis 87/88 S. 230
- Anspruch des nicht mit der Mutter des Kindes verheirateten Vaters ausländischer Nationalität 85/86 S. 190
- der Verwandten 81/82 S. 169
- s. Rechtsbeistand, unentgeltlicher

Betreibungsbegehren

Gerichte

- Ein Betreibungsbegehren muss grundsätzlich mit der Unterschrift des Betreibenden versehen sein. 91/92 S. 153

Betreibungsfähigkeit

Gerichte

- des minderjährigen Schuldners 87/88 S. 101

Betreibungskosten

Gerichte

- nicht die Gebühren für die Rechtskraftbescheinigung eines Rechtsöffnungsentscheides 97/98 S. 149

Betriebsbeitrag

Verwaltung

- an eine ausserkantonale Sozialinstitution 91/92 S. 337

Betriebsstätte

- s. Steuerrecht

Beurkundungsbefugnis

- Das Erfordernis des ununterbrochenen Wohnsitzes im Kanton Zug als Voraussetzung für die Zulassung ausserkantonaler Rechtsanwälte zur Beurkundungsprüfung ist verfassungswidrig. 97/98 S. 221
- s. Entzug
- der Rechtsanwälte bei Verpfändungsverträgen 79/80 S. 144

Bevormundung

- s. Vormundschaft

Beweisbescheid

- s. Verfügung, prozessleitende

Beweisergänzung

Gerichte

- Die durch den urteilenden Richter angeordnete Beweisergänzung durch das Untersuchungsrichteramt ist nicht mittels Überweisungsverfügung abzuschliessen. 93/94 S. 204

Beweislast, Umkehr der

Gerichte

- bei der „normalen“ Schuldanererkennung 95/96 S. 66

Beweislast, Verteilung der

Gerichte

- nach der lex causae bei internationalen Sachverhalten 83/84 S. 131

Beweislosigkeit, Folgen der

- s. Beweisvereitelung

Beweismittel

Gerichte

- Bedeutung, wenn im Verwaltungsverfahren der Parteivertreter nicht über die Vorladung der Partei informiert wird 96/96 S. 19
- Rückgabe von beschlagnahmten Beweismitteln 89/90 S. 147

Beweisvereitelung

Gerichte

- durch Nichtaufbewahrung einer gesetzlich vorgeschriebenen Buchhaltung 95/96 S. 57

Beweisverwertungsverbot

Gerichte

- Verzichtet der Angeschuldigte/Angeklagte von sich aus auf sein Recht auf Konfrontation mit Belastungszeugen, so besteht kein absolutes Beweisverwertungsverbot. 91/92 S. 230

Beweiswürdigung

Gerichte

- Würdigung der Aussagen eines wegen mehrfacher sexuellen Belästigung Angeklagten 97/98 S. 175
- Abstellen auf Aussagen einer Auskunftsperson 93/94 S. 205
- Vom fachmännischen Befund des Experten darf ohne zwingende Gründe nicht abgewichen werden. 91/92 s. 141
- freie bei stark angetrunkenem Zeugen 83/84 S.
- im Verhältnis zum Aussageverweigerungsrecht einer Partei 79/80 S. 99
- freie Beweiswürdigung im Strafprozess bei Erklärungen von Personen, welche bloss formlos von der Polizei einvernommen wurden 79/80 S. 105

Bewilligung

Verwaltung

- des Familiennachzugs 95/96 S. 122
- zur Führung des Doppelnamens nach der Scheidung 95/96 S. 144

Börsengeschäft

Gerichte

- Spielcharakter bei vorherrschenden Zufallsmomenten 81/82 S. 95

Brandstiftung

- qualifizierte 83/84 S. 106

Bürgergemeinde

- s. Bürgerrecht

Bürgerrat

- s. Verbeiratung

Bürgerrecht

Verwaltung

- Einbürgerungsverfahren vor der Bürgergemeindeversammlung 97/98 S. 226
- Ordentliche Einbürgerung eines Ausländers 97/98 S. 227
- Beschwerde gegen einen Einbürgerungsentscheid der Bürgergemeinde. Mit der Beschwerde kann nur die Rechtswidrigkeit, nicht aber die Unangemessenheit des Beschlusses gerügt werden. 93/94 S. 219
- Erwerb des Schweizer Bürgerrechts durch ein ausländisches Adoptivkind 87/88 S. 161
- Reduktion einer Einbürgerungstaxe 83/84 S. 153
- des Adoptivkindes 81/82 S. 155
- zuständige kantonale Behörde 77/78 S. 209

C

Check

Gerichte

- Annahme als Leistung erfüllungshalber 95/96 S. 72

D

Dachaufbauten

- s. Kniestock

Dachgeschoss

- s. Ausnützung

Denkmalschutz

Gerichte

- s. Wiedererwägung
- Zulässigkeit eines schweren Eingriffs ins private Eigentum 89/90 S. 71
- Anspruch des Eigentümers auf umfassende Überprüfung der Schutzwürdigkeit und des Eingriffs 87/88 S. 17
- Interessenabwägung zwischen dem Mass an denkmalpflegerischer Schutzwürdigkeit und der Schwere des Eingriffs ins verfassungsmässig garantierte Eigentum 87/88 S. 35

Verwaltung

- Unterschutzstellung eines archäologischen Bodendenkmals 97/98 S. 321
- Schutzwürdigkeit eines Baudenkmals von lokaler Bedeutung aus den 50-er Jahren des 20. Jahrhunderts 97/98 S. 323
- Zustimmung und Zeitplan betreffend archäologische Bauuntersuchungen an zwei privaten Wohnhäusern, die im Inventar der schützenswerten Denkmäler verzeichnet sind 97/98 S. 325

Dienstbarkeit

Gerichte

- ausserordentliche Ersitzung 95/96 S. 64

Direktion

- s. Baudirektion
- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde

Disziplinarstrafe

- s. Anwaltsrecht

Drogen

Gerichte

- Führen eines Fahrzeuges unter Drogeneinfluss, einfache oder grobe Verkehrsregelverletzung? 93/94 S. 162
- s. Bandenmässigkeit

Durchsuchung, körperliche

Gerichte

- keine gesetzliche Grundlage für die Anordnung von Röntgenaufnahmen an einem Strafgefangenen 87/88 S. 140

E

Ehefähigkeitszeugnis

Verwaltung

- Befreiung von dessen Vorlage 95/96 S. 150; 85/86 S. 196; 83/84 S. 189; 81/82 S. 167

Eheregister

Verwaltung

- Berichtigung 89/90 S. 202; 85/86 S. 188

Eheschein

Verwaltung

- Änderung 91/92 S. 323

Ehrverletzung

Gerichte

- Ausschliessliche örtliche Zuständigkeit am Ort, wo der Brief, der ehrverletzend ist, aufgegeben worden ist. 91/92 S. 186

Eigenmietwert

Gerichte

- Das Privileg beim Eigenmietwertabzug berechnet sich ab dem erstmaligen Erwerb, auch wenn es wegen Vermietung nicht geltend gemacht werden kann. 91/92 S. 81
- Auch ein Miteigentumsanteil, der mindestens einer Wohnung entspricht, fällt unter den Eigenmietwertabzug. 91/92 S. 84.
- bei Vermietung an nahe Verwandte 87/88 S. 42

Eigentum, geistiges

Gerichte

- urheberrechtlicher Schutz für Werke der Baukunst 95/96 S. 78

Einbürgerung

- s. Bürgerrecht

Einheit der Materie

Gerichte

- bei einer Abstimmungsvorlage des Grossen Gemeinderates 91/92 S. 3

Einkommenssteuer

Gerichte

- Abgrenzung zur Grundstückgewinnsteuer 95/96 S. 41

Einkommensvergleich

- s. Invalidenversicherung

Einlassung

Gerichte

- Mit der vorbehaltlosen Einlassung auf den Prozess verwirkt der Beklagte die Unzuständigkeitseinrede 87/88 S. 133
- keine Einlassung beim ausschliesslichen Gerichtsstand der Klage auf Änderung eines Trennungsurteils 97/98 S. 180

Einrede

Gerichte

- der abgeurteilten Sache 77/78 S. 188

Einsprache

- Baueinsprache, wenn die Publikation eines Bauvorhabens unterbleibt 97/98 S. 85
- keine Einsprache gegen einzelne Fragen an einen Zeugen 87/88 S. 135
- s. Referent
- Wiederherstellung der Frist bei Einsprache gegen einen Strafbefehl 81/82 S. 106
- s. Steuerrecht

- Auf eine verspätete Einsprache ist einzutreten, wenn der Steuerpflichtige einen erheblichen Grund für die Verspätung nachzuweisen vermag und die Einsprache innert 30 Tagen seit Wegfall des Grundes einreicht. 77/78 S. 39

Einstellung

Gerichte

- Das Institut der einstweiligen Einstellung ist auch im zugerischen Strafverfahren zuzulassen 91/92 S. 231
- Tragung der Kosten bei Einstellung der Stafuntersuchung 89/90 S. 150
- s. Rechtskraft, materielle

Einstellungsbeschluss

- s. Beschwerde
- keine Berufung gegen den Einstellungsbeschluss 81/82 S. 149

Einvernahme

- s. Auskunftsperson

Einwohnergemeinde

- s. Gemeinde

Einzelrichter

- s. Gerichtsferien
- s. rechtliches Gehör
- Überweisung einer im Strafverfahren adhäsionsweise geltend gemachten Zivilklage durch den Einzelrichter in Strafsachen (Polizeirichter) auf den Zivilweg; Berufung 81/82 S. 151

Einziehung

Gerichte

- Beschlagnahme von Vermögenswerten im Hinblick auf eine spätere Einziehung; Verwaltungsmassnahmen betreffend Wertschriften 97/98 S. 208
- von unrechtmässigen Vermögenswerten bei Drogendeliquenten 89/90 S. 121

Einzonung

Gerichte

- eines Grundstücks in die Zone des öffentlichen Interesses; Entschädigung 77/78 S. 66

Elementarschaden

- Voraussetzung der kantonalen Hilfeleistung bei nicht versicherbaren Elementarschäden: Frostschäden sind keine Elementarschäden 81/82 S. 68

Elterliche Gewalt

Gerichte

- Beim Tod eines geschiedenen Ehegatten geht die elterliche Gewalt über die ihm durch das Scheidungsurteil zugewiesenen Kinder nicht automatisch auf den anderen Ehegatten über, sondern muss von diesem im Abänderungsverfahren verlangt werden 83/84 S. 92

Verwaltung

- Entziehung über einen jugendlichen Kriegsflüchtling durch den Regierungsrat als vormundschaftliche Aufsichtsbehörde 97/98 S. 304
- Entziehung wegen Pflichtverletzung der Mutter 95/96 S. 164
- s. Entmündigung
- Entziehung der elterlichen Gewalt von untergetauchten Asylbewerbern gegenüber dem zurückbleibenden Kind 93/94 S. 290
- s. Zuständigkeit
- Entziehung der elterlichen Gewalt eines italienischen Staatsangehörigen über zwei Kinder italienischer Staatsangehörigkeit 79/80 S. 133
- s. Namensänderung

Empfindlichkeitsstufen

Gerichte

- Zuordnung der Empfindlichkeitsstufen bei Änderung der Nutzungszonen. 91/92 S. 68.

Enteignung

Gerichte

- Enteignungsrecht der Gemeinde für Verkehrswege. 91/92 S. 70.
- Entschädigung bei materieller Enteignung 83/84 S. 49; 79/80 S. 44

Verwaltung

- materielle Enteignung: Begriff und Verfahren 79/80 S. 160; S. 164

Entmündigung

Verwaltung

- einer geistig Behinderten 95/96 S. 162; 77/78 S. 218
- Publikation im Amtsblatt 97/98 S. 304; 93/94 S. 286; 91/92 S. 316; 83/84 S. 195; 79/80 S. 135
- Unterstellung unter die elterliche Gewalt 91/92 S. 314
- Verschiebung der Publikation der Wahl des Vormundes 91/92 S. 315
- Dem Regierungsrat steht es nicht zu, im Sinne einer „reformatio in peius“ anstelle der angefochtenen Beiratschaft eine Vormundschaft anzuordnen. 89/90 S. 204
- Veröffentlichung der Entmündigung bei Unterstellung des Entmündigten unter elterliche Gewalt 79/80 S. 136

Entschädigung

Gerichte

- bei ungerechtfertigter fristloser Kündigung 97/98 S. 136

Entzug

Gerichte

- der Beurkundungsbefugnis als Disziplinarmaßnahme 85/86 S. 110
- der aufschiebenden Wirkung; Zuständigkeit nach Verwaltungsrechtspflegegesetz 81/82 S. 201

Erbengemeinschaft

- s. Beschwerdelegitimation

Erbschaft

Verwaltung

- Ausschlagung wegen Überschuldung 97/98 S. 309
- s. Arrest
- s. Frist

Erbschaftssteuer

Gerichte

- Ein Erbverzicht, der nicht in die gesetzliche Form der Erbausschlagung gekleidet ist, bewirkt keinen Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer. 91/92 S. 88.
- kein anrechenbarer Aufwand bei der Grundstückgewinnsteuer 81/82 S. 39

Erbteilung

Gerichte

- Übersteigt der Wert einer Erbschaftssache den eines einzelnen Loses, so ist die Sache zu veräußern 97/98 S. 126
- Zuständigkeit des Richters 85/86 S. 82
- Teilungsklage bei Einsetzung eines Willensvollstreckers ausgeschlossen 81/82 S. 81
- s. Aufsichtsbehörde

Erbvertrag

Gerichte

- Ein Erbvertrag im formellen Sinn kann neben vertraglichen Bestimmungen auch solche testamentarischen Charakters enthalten, welche frei widerruflich sind. 93/94 S. 110

Verwaltung

- vormundschaftliche Genehmigung 91/92 S. 318
- vormundschaftliche Genehmigung eines Erbteilungsvertrages 91/92 S. 321

Erdgeschoss

- s. Ausnützung

Ergänzungsleistungen (ELG)

Gerichte

- Wohnsitz und gewöhnlicher Aufenthalt als Anspruchsvoraussetzung 97/98 S. 32
- Der Wohnsitz des Anspruchsberechtigten bestimmt die kantonale Zuständigkeit zur Festsetzung und Auszahlung von Ergänzungsleistungen 93/94 S. 85
- Anrechenbares Einkommen. Wohneigentum, das richterlich dem getrennt lebenden Ehegatten zur Benützung zugewiesen ist, ist nicht anrechenbar 91/92 S. 103.
- Berechnung der Ergänzungsleistungen bei geschiedenen, aber weiterhin in gemeinsamem Haushalt lebenden Paaren 87/88 S. 83
- Berücksichtigung von Krankenkassenprämien 85/86 S. 69
- Mietzinsabzug von 20 Prozent des Pensionspreises in einem älterem Heim 77/78 S. 98

Erheblicherklärung

- s. Motion

Erker

Verwaltung

- Merkmale eines Erkers 91/92 S. 339

Erläuterung

Gerichte

- eines Urteils des Verwaltungsgerichts; Voraussetzungen 85/86 S. 121

Erneuerungsfonds

- s. Grundstückgewinnsteuer

Ersatzwahl

Gerichte

- für gemeindliche Behörden und Beamten; Fristverlängerung 85/86 S. 160

Verwaltung

- eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission 89/90 S. 160
- eines Friedensrichters 83/84 S. 159

Erwerbstätigkeit

Gerichte

- Abgrenzung zwischen Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit bei der Sozialversicherung 85/86 S. 68

Erziehungsbeistandschaft

- s. Vormundschaftsbehörde
- s. Beistand

Existenzminimum

Gerichte

- Berücksichtigung der Prämien für Kranken- und Unfallversicherung bei der Berechnung des betriebsrechtlichen Notbedarfs 93/94 S. 141

Expertise

- s. Oberexpertise

F

Familiennachzug

- s. Bewilligung

Familienpflege

- s. Kindeswohl

Familienregister

Verwaltung

- Berichtigung 85/86 S. 89
- kein Eintrag ohne Beweis der Geburt; gerichtlich Feststellung 83/84 S. 186

Familienstiftung

- Zweckänderung durch das Kantonsgericht 83/84 S. 90; 79/80 S. 63

Ferienanspruch

Gerichte

- nach 329c OR 81/82 S. 85

Feuerwehrrersatzabgabe

Verwaltung

- konkrete Bestimmung des massgebenden zivilrechtlichen Wohnsitzes 97/98 S. 285

Finanzaufsicht

- s. Aufsicht

Finanzausgleich

Gerichte

- der katholischen Kirchgemeinden 97/98 S. 3

Finanzvermögen

- s. Verwaltungsvermögen

Firma

- Wahrheitsgebot bei der Firma einer Anwalts-AG 97/98 S. 218
- Erfordernis der deutlichen Unterscheidbarkeit einer neu gebildeten Firma einer Aktiengesellschaft ohne Personennamen 91/92 S. 137

Fluchtgefahr

Gerichte

- Schwere der Strafe als Indiz 91/92 S. 225

Forderung

Gerichte

- Bestreitung im Sinne von Art. 243 Abs. 1 SchKG 95/96 S. 84

Formalismus

Gerichte

- überspitzter bei einer Einsprache gegen eine Veranlagungsverfügung 77/78 S. 4

Franchisevertrag

- s. Alters- und Hinterlassenenversicherung

Freispruch

Gerichte

- s. Kostenaufgabe
- Bei teilweisem Freispruch ist dem Angeklagten eine Entschädigung für die wesentlichen Umtriebe und Kosten zuzusprechen 91/92 S. 234

Fremdenpolizei

- s. Amt für Ausländerfragen

Friedensrichter

- Anfechtungsobjekt der Beschwerde gemäss § 208 Ziff. 2 ZPO ist nur ein Urteil im Erkenntnisverfahren, nicht jedoch im Sühneverfahren. 97/98 S. 189

- s. Anwaltskosten
- s. Ersatzwahl

Frist

Gerichte

- Wann ist die Frist bei Einzahlung eines Kostenvorschusses über eine Bank eingehalten? 97/98 S. 117
- Beginn des Fristenlaufs, wenn eine gerichtliche Mitteilung an zwei verschiedenen Tagen sowohl dem Vertreter als auch dem Vertretenen zugestellt wird 97/98 S. 200
- bei Ausschlagung der Erbschaft 95/96 S. 62
- Zustellung einer eingeschriebenen Sendung 95/96 S. 87; 85/86 S. 119
- s. Wiederherstellung
- s. Rechtsmittelbelehrung
- s. Zahlungsbefehl
- Die vom Richter angeordnete Nachfrist zur gesetzlichen Beschwerdefrist kann nicht wie eine richterliche Frist erstreckt werden 87/88 S. 83
- s. Gerichtsferien
- zur Einreichung der Aberkennungsklage nach SchKG 83/84 S. 104
- zur Einsprache gegen einen Strafbefehl, Voraussetzung einer Erstreckung 81/82 S. 106
- Einhaltung der dreimonatigen Antragsfrist bei Ehrverletzung 79/80 S. 107

Verwaltung

- für die Anfechtung von Einredeentscheiden des Gemeinderates 97/98 S. 229
- bei Rüge von Mängeln bei der Vorbereitung von Wahlen 95/96 S. 116
- Beginn des Fristenlaufs bei Anfechtung von Beschlüssen des Grossen Gemeinderates 89/90 S. 234

Führerausweisentzug

Gerichte

- obligatorischer Führerausweisentzug bei schwerer Verkehrsgefährdung 93/94 S. 59
- gesetzliche Minimalentzugsdauer bei Führen eines Motorfahrzeuges trotz Führerausweisentzug 87/88 S. 79
- Umfang des Entzuges nach Ausweiskategorien 81/82 S. 48
- Voraussetzungen des Entzuges infolge charakterlicher Nichteignung 77/78 S. 77
- Entzug bei Fahren im angetrunkenen Zustand 77/78 S. 84
- Die Massnahme des Entzuges ist ohne Unterbrechung durchzuführen. 77/78 S. 85

Fürsorgerischer Freiheitsentzug

Gerichte

- örtliche Zuständigkeit des Richters 93/94 S. 3
- Anfechtung der ärztlichen Klinikeinweisung

Verwaltung

- Kosten und Parteientschädigung 89/90 S. 204

Fusion

Gerichte

- Übertragung von Liegenschaften im Rahmen einer Fusion stellt eine grundstücksgewinnpflichtige Handänderung dar 79/80 S. 31
- s. berufliche Vorsorge

G

Gebäudeabstand

Gerichte

- auch zwischen Gebäuden auf dem gleichen Grundstück 97/98 S. 98

Gebäudehöhe

- 85/86 S. 201

Geburtsregister

Gerichte

- Ergänzung aufgrund einer nicht vollständigen Registereintragung 95/96 S. 150

Verwaltung

- Berichtigung: ein zweiter Vorname ist nicht erforderlich, wenn ein Vorname allein das Geschlecht des Kindes eindeutig erkennen lässt 89/90 S. 200
- Namensänderung anstelle der Berichtigung 89/90 S. 201
- Berichtigung durch die Aufsichtsbehörde nur bei offenbarem Versehen oder Irrtum 87/88 S. 224; 85/86 S. 188; 83/84 S. 187; S. 188
- kein Eintrag ohne Beweis der Geburt; gerichtlich Feststellung 83/84 S. 186

Gegenstandslosigkeit

Gerichte

- Kosten- und Entschädigungsfolge bei im Mieterstreckungsverfahren 87/88 S. 127
- s. Scheidung
- Verteilung von Gerichts- und Parteikosten 83/84 S. 126

Verwaltung

- Kosten und Parteientschädigung bei Abschreibung einer Beschwerde infolge Gegenstandslosigkeit 97/98 S. 335
- Abschreibung einer Beschwerde infolge Gegenstandslosigkeit 85/86 S. 190

Geistiges Eigentum

Gerichte

- urheberrechtlicher Schutz eines Bauwerks 95/96 S. 78

Gemeinde

Gerichte

- Kosten- und Entschädigungspflicht der im Beschwerdeverfahren unterliegenden Gemeinde 87/88 S. 122
- s. Grenzbereinigung
- s. Aussicht
- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde
- s. Beschwerdelegitimation

Verwaltung

- Vertretung im Beschwerdeverfahren 97/98 S. 262
- Nachtragskreditbegehren 85/86 S. 168
- s. Parteientschädigung
- Zuständigkeitsordnung für Ausgabenbeschlüsse 81/82 S. 157
- Genehmigung einer kleinen Grenzänderung 81/82 S. 157
- Befugnis zum Erlass von Verkehrsanordnungen 81/82 S. 195
- Genehmigung von Verträgen über Ankauf und Verkauf von Liegenschaften durch die Einwohnergemeinde 79/80 S. 124

Gemeindeautonomie

Verwaltung

- Überprüfungsbefugnis des Regierungsrates 93/94 S. 228
- bezüglich der Beschwerde betreffend Defizitbeiträge einer Gemeinde
- im Bereich der Orstplanung 79/80 S. 125
- Verwaltungsgerichtsbeschwerde bei Verletzung 77/78 S. 173

Gemeindeprotokoll

- s. Akteneinsicht

Gemeinderat

Verwaltung

- Eingriff in Entscheide durch den Regierungsrat 97/98 S. 119
- Anfechtung des Zustandekommens eines Wahlvorschlages für die Erneuerungswahlen eines Gemeinderates 97/98 S. 229
- Beschwerde gegen die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug 97/98 S. 236
- keine Strafkompentenz in Bausachen 89/90 S. 227
- s. Frist

Gemeindeversammlung

Verwaltung

- Verfahren der offenen Abstimmung 97/98 S. 253
- Behandlung einer Interpellation 97/98 S. 267
- Genehmigung eines Projektierungskredits 97/98 S. 273
- Wer es unterlässt, Verfahrensmängel an der Gemeindeversammlung zu rügen, verwirkt das Recht, diese nachträglich auf dem Beschwerdeweg geltend zu machen 87/88 S. 176
- Redezeitbeschränkung; Beschwerde 87/88 S. 187
- Protokollführung 85/86 S. 162
- Motionsrecht 85/86 S. 170
- Ausstands- und Informationspflicht 83/84 S. 160

Genehmigung

Verwaltung

- s. Erbvertrag
- des freihändigen Verkaufs einer Liegenschaft mit Beteiligung einer Bevormundeten 97/98 S. 303; 95/96 S. 158

- vormundschaftliche Genehmigung eines Ehevertrages 77/78 S. 217
- s. Interessenkollision
- s. Regierungsrat
- s. Kindeswohl
- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde
- s. Unterhaltsbeitrag

Generalversammlung

- s. Gerichtsstand

Genugtuung

Gerichte

- bei vorsätzlicher Tötung 95/96 S. 68
- Anspruch des Vaters für den Tod seines Kindes; Reduktion 83/84 S. 96

Gerichtsferien

Gerichte

- Einfluss auf die Tätigkeit des Einzelrichters im ordentlichen Verfahren 89/90 S. 125
- Während der Gerichtsferien beginnt eine vom Richter angesetzte Frist zur Klageeinreichung nicht zu laufen, auch wenn die Frist im summarischen Verfahren angesetzt wurde 87/88 S. 112
- kein Einfluss auf das Rechtsmittelverfahren, wenn der angefochtene Entscheid im summarischen Verfahren ergangen ist 83/84 S. 112

Gerichtskosten

Gerichte

- bei Vergleich 89/90 S. 131
- Die Kosten- und Entschädigungsfolgen für das Zwischenverfahren betreffend die Sicherstellung der Gerichtskosten und/oder Parteient-schädigung sind in diesem Verfahren selbst zu regeln und nicht erst im Rahmen des Entscheids über die Hauptsache 87/88 S. 128
- bei Gegenstandslosigkeit des Verfahrens 83/84 S. 126

Gerichtsstand

Gerichte

- s. Zuständigkeit
- kein besonderer Gerichtsstand nach Bundesrecht für Gesuche betreffend die Einberufung einer Generalversammlung 95/96 S. 75

Geschädigter

Gerichte

- Die Verletzung der Verfahrensrechte des Geschädigten ist ein Verfahrensmangel, der im Berufungsverfahren nicht geheilt werden kann. 97/98 S. 203
- In der Regel kein Anspruch auf Teilnahme an Untersuchungshandlungen oder auf Stellung von Aktenergänzungsbegehren des Geschädigten, der sich weder als Straf- noch als Zivilkläger konstituiert hat 91/92 S. 191
- Auch ein nur mittelbar Geschädigter kann sich als Privatkläger etablieren 85/86 S. 139

Geschäftsführungspflichten

Gerichte

- im Sinne von Art. 159 StGB 93/94 S. 155

Geschlechtsumwandlung

- s. Namensänderung

Geschossfläche

Gerichte

- Anrechnung des offenen Treppenhauses 93/94 S. 21

Gewässerschutz

Gerichte

- Kanalisation ausserhalb des Baugebietes: Kostenverteilung zwischen Gemeinde und Privaten 87/88 S. 75
- Bildung von Schutzzonen um Grundwasserfassungen herum 83/84 S. 67

- kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Konzession zur Inanspruchnahme öffentlicher Gewässer für die Erstellung von Bauten und Anlagen 83/84 S. 71
- Entschädigung bei Gewässerschutzmassnahmen 83/84 S. 72
- Konzession für Bootseinstellplätze 79/80 S. 4

Verwaltung

- Verjährung von Kanalisationsgebühren 85/86 S. 202
- Uferabstand von Neubauten 83/84 S. 210
- Erhaltung des natürlichen Zustandes der Wasserläufe 77/78 S. 227
- Nutzung einer öffentlichen Sache für gewerbliche Zwecke 77/78 S. 227
- Begriff der „Einmündung“ 77/78 S. 228

Gewinnversprechen

Gerichte

- bei einem sogenannten „Sweepstake“-Gewinnspiel 89/90 S. 94

Gleichstellung

- s. Kinderzulagen

Grenzabstand

Gerichte

- grosser und kleiner Grenzabstand 83/84 S. 64
- nachbarrechtlicher Grenzabstand 79/80 S. 66

Verwaltung

- grosser Grenzabstand 95/96 S. 180
- hineinragendes offenes Treppenhaus 93/94 S. 297
- allgemein 81/82 S. 191

Grenzbereinigung

Verwaltung

- kleine Grenzbereinigung zwischen Gemeinden 87/88 S. 195

Grund, wichtiger

Verwaltung

- zur Wiederherstellung einer Frist 97/98 S. 66
- Schulortswechsel und Geburt einer Stiefschwester als wichtiger Grund zur Änderung des Familiennamens eines Stiefkindes 89/90 S. 185
- bei Namensänderung im Sinne von Art. 30 Abs. 1 ZGB 87/88 S. 215
- bei der Vaterschaftsanfechtungsklage nach Art. 256c Abs. 3 ZGB 81/82 S. 76; S. 77
- Fehlen eines wichtigen Grundes für die Bewilligung zur Weiterführung des Ehenamens einer geschiedenen Frau 81/82 S. 160
- Fehlen eines wichtigen Grundes für die Änderung eines Familiennamens 79/80 S. 129
- für die Änderung eines Familiennamens 77/78 S. 214; 215

Grundbuch

Gerichte

- Definition Grundbucheintrag 97/98 S. 130
- ausserordentliche Ersitzung einer Dienstbarkeit 95/96 S. 64
- Prüfungspflicht des Grundbuchverwalters 83/84 S. 92
- keine Privilegierung nach Gebührentarif für Handänderungen zwischen Holdinggesellschaft und Tochtergesellschaft 79/80 S. 70

Verwaltung

- allgemeine Grundbuchbeschwerde im Verhältnis zur kantonalen Aufsichtsbeschwerde 95/96 S. 168
- Der Erlass von Grundbuchgebühren für die Errichtung von Schuldbriefen ist ausgeschlossen, auch wenn ein gemeinnütziger Verein Bauherr ist. 93/94 S. 293
- Gebührentarif: Eigentumsübertragung zufolge Zwangsverwertung 77/78 S. 219

Grundbuchvermessung

Gerichte

- Erwachsen in Rechtskraft 97/98 S. 130

Grunddienstbarkeit

- s. Stockwerkeigentum

Grundstückgewinnsteuer

Gerichte

- Steuerbefreiung der Kirchgemeinde 97/98 S. 18
- Erlass der Grundstückgewinnsteuer; Begriff der grossen Härte 97/98 S. 19
- Steueraufschub bei Ersatzbeschaffung 97/98 S. 16; 95/96 S. 21
- Generalunternehmer-Honorar als bauliche Aufwendung 95/96 S. 29; 81/82 S. 36
- eigene Verkaufsbemühungen als Aufwendungen 95/96 S. 32
- Erlösminderung durch Gewährung eines zinslosen Darlehens an den Käufer 95/96 S. 34
- Planungskosten als Aufwendungen 95/96 S. 36
- Abgrenzung zwischen der Einkommens- und der Grundstückgewinnsteuer 95/96 S. 41
- Die freihändige Verwertung ist keine steuerbefreite Zwangsverwertung. 93/94 S. 69
- Berechnung des Erwerbspreises 93/94 S. 73
- Teilveräusserung bei Begründung und Verkauf von Stockwerkeigentumseinheiten 93/94 S. 76
- Kredite der Schwestergesellschaft gelten nicht als in die Liegenschaft investiertes Fremdkapital 93/94 S. 77
- Fälligkeit und Verzinsung der Steuerforderung 93/94 S. 78
- Die für die Gewinnberechnung massgebliche Besitzesdauer entspricht grundsätzlich der zivilrechtlichen Eigentumsdauer. 93/94 S. 79; 89/90 S. 20; 83/84 S. 20

- Wirtschaftliche Handänderung durch Verkauf der Aktien einer Immobiliengesellschaft. 91/92 S. 92
- Einzelbesteuerung bei Verkauf von Teilen einer Gesamtüberbauung, insbesondere von Stockwerkeigentum 89/90 S. 17; 87/88 S. 53
- Bemessung des Generalunternehmerhonorars bei Eigenleistung 89/90 S. 22
- Kriterien für die pauschale Anrechnung von Verkaufsbemühungen 89/90 S. 25
- Die Gewinnbeteiligung eines stillen Gesellschafters ist keine für den Veräußerer abzugsfähige Aufwendung 89/90 S. 29
- Steueraufschub bei Rechtsgeschäften zur Abrundung landwirtschaftlicher Heimwesen 89/90 S. 31
- bei Baurechtseinräumung an einer bestehenden Baute 89/90 S. 34
- Frage nach dem Steueraufschub als Gegenstand eines Vorentscheides 87/88 S. 47
- Steuerbefreiung infolge öffentlichen Strassenbaus 87/88 S. 48
- Berechnung des Erlöses bei Verkauf eines leasingfinanzierten Grundstückes an den Leasingnehmer 87/88 S. 57
- wirtschaftliche Handänderung 85/86 S. 8
- Die Einräumung eines Baurechts gegen einen Baurechtszins ist keine steuerpflichtige Veräußerung. 85/86 S. 11
- Eine Veräußerung im Zusammenhang mit einer privaten Schuldenregulierung fällt nicht unter die Steuerbefreiung bei Handänderungen im Zwangsvollstreckungsverfahren. 85/86 S. 19
- Maklerprovision als anrechenbare Aufwendung? 85/86 S. 21
- rechtliches Gehör beim Einspracheverfahren 83/84 S. 22
- Steueraufschub bei Tausch 83/84 S. 24
- Maklerprovision 83/84 S. 27
- Kompetenz der Einwohnergemeinde zum Erlass eigener, vom Steuergesetz abweichender Bestimmungen betreffend Nach- und Strafsteuern 83/84 S. 206
- Gewinnangleichung 81/82 S. 24

- Anrechenbare Aufwendungen, Landzinsen zwischen Baubeginn und Bauvollendung 81/82 S. 31
- Gesamtbetriebsverlust; Zinssatz für die Anrechnung des Eigenkapitals 81/82 S. 33
- Anrechenbare Aufwendungen, nicht die Erbschaftssteuer 81/82 S. 39
- Insertionskosten als abzugsfähiger Aufwand 79/80 S. 29
- Abzugsfähigkeit von Zahlungen an den Erneuerungsfonds 79/80 S. 29
- Eine Handänderung in Folge einer Fusion ist grundstücksgewinnsteuerpflichtig 79/80 S. 31
- Eine steuerpflichtige Handänderung liegt auch dann vor, wenn der Veräußerer das Grundstück an eine Aktiengesellschaft verkauft, deren einzige Aktionäre er selbst und seine Söhne sind. 77/78 S. 46
- Festlegung des Verkehrswertes eines Grundstücks vor 25 Jahren 77/78 S. 53
- Gesamtbetriebsverlust 77/78 S. 58; S. 61

Güterverzeichnis

Gerichte

Voraussetzungen für die Aufnahme 91/92 S. 170

H

Haftentschädigung

- s. Verantwortlichkeit

Handänderung

- s. Grundstücksgewinnsteuer

Handelsregister

Gerichte

- Wirksamkeit einer Statutenänderung einer AG gegenüber Dritten 89/90 S. 105

Heilanstalt

Gerichte

- Therapeutische Wohngemeinschaften sind Heilanstalten im Sinne von Art. 44 Ziff. 1 Abs. 1 StGB. 93/94 S. 152

Heimatschein

Verwaltung

- als Hinterlagepapier 87/88 S. 192

Heimschlagsrecht

Gerichte

- aufgrund des Strassengesetzes 79/80 S. 44

Herausgabepflicht

Gerichte

- Die Herausgabepflicht Dritter von Gegenständen in einer Strafuntersuchung als Beweismittel leitet sich aus der Zeugnispflicht her. 87/88 S. 152

Hinterlegung

Gerichte

- eines strittigen Forderungsbetrages beim Prätendentenstreit 89/90 S. 100
- Erteilung der Hinterlegungsbewilligung beim Prätendentenstreit durch den Kantonsgerichtspräsidenten 81/82 S. 138

Höhenvorschriften

Verwaltung

- bei Stützmauern in Verbindung mit Abgrabungen 95/96 S. 179

Holdingsgesellschaft

- s. Grundbuch

I

In dubio pro reo

Gerichte

- keine Verletzung des Grundsatzes, wenn die Folgen der Aussageverweigerung berücksichtigt werden 97/98 S. 202

Initiative

Gerichte

- Ungültigerklärung einer Volksinitiative durch den Kantonsrat 79/80 S. 10
- s. Standesinitiative

Interesse, rechtliches

Gerichte

- als Voraussetzung zur Beschwerde nach § 80 Abs. 1 StPO 97/98 S. 214
- s. Nebenintervention

Interessenkollision

Verwaltung

- Verbeiständung minderjähriger Kinder in Erbschaftsangelegenheiten 97/98 S. 309
- Genehmigung des freihändigen Verkaufs einer Liegenschaft mit Beteiligung einer Bevormundeten, der wegen möglicher Interessenkollision mit dem Vormund ein Vertretungsbeistand bestellt werden muss 95/96 S. 158; 93/94 S. 286
- der Vormundschaftsbehörde bei freihändigem Verkauf von Strassenland 93/94 S. 288
- zwischen zu Verbeiständendem und Beistand 89/90 S. 216

Interpellationsrecht

Verwaltung

- Behandlung in der Gemeindeversammlung 97/98 S. 267
- im Grossen Gemeinderat 87/88 S. 180

Invalidenversicherung

Gerichte

- Hilfsmittel: Kontaktlinsen 97/98 S. 30
- Abstellen auf die tatsächlichen Einkünfte beim Einkommensvergleich 95/96 S. 44
- Drittauszahlung von Rentenleistungen 93/94 S. 82
- Eine Pfändung bzw. Admassierung von Leistungen der Invalidenversicherung ist unzulässig.
- Festsetzung des Invaliditätsgrades von nicht erwerbstätigen Hausfrauen
- Berechnung der Invalidität einer Hausfrau, die im Betrieb des Ehemannes mitarbeitet 77/78 S. 103

Verwaltung

- Übergang einer dem Erziehungsbeistand zur Verwaltung übertragenen IV-Kinderrente in das Kindesvermögen 97/98 S. 295

Investitionsrechnung

Verwaltung

- Budgetierung des Verkaufserlöses eines gemeindlichen Grundstücks 89/90 S. 162

J

Jugendliche

Gerichte

- stationäre Begutachtung 95/96 S. 92

Justizkommission

- s. Beschwerde
- s. Verfügung, prozessleitende
- s. Verfügung, superprovisorische
- s. Zuständigkeit
- s. Aktenergänzungsbegehren
- s. Aufsichtsbehörde

K

Kanalisation

- s. Gewässerschutz

Kantonsgericht

Gerichte

- sachliche Zuständigkeit 81/82 S. 133

Kantonsrat

Gerichte

- s. Regierungsrat
- Kreditbeschlüsse sind keine beim Verwaltungsgericht anfechtbaren Verwaltungsentscheide 97/98 S. 112
- Ungültigerklärung einer Volksinitiative 79/80 S. 10

Kapitalabfindung

- s. Steuerrecht

Kaufvertrag

Gerichte

- Annahme eines Checks als Leistung erfüllungshalber 95/96 S. 72

Kinderzulagen

Gerichte

- Zulageberechtigung für ein Pflegekind 93/94 S. 97
- Die Bezugsberechtigung des Ehemannes bei Vollanspruch beider Ehegatten auf die Kinderzulage widerspricht der Gleichstellung der Geschlechter. 93/94 S. 99
- für erwachsene Kinder in Ausbildung 91/92 S. 113
- Ausschluss des Doppelbezuges 89/90 S. 92

- Zwischen der Kinderzulage und dem deutschen Kindergeld besteht Anspruchskonkurrenz. 87/88 S. 85
- Begriff der Ausbildung 83/84 S. 80; S. 82; S. 83
- Anspruch, sofern kein Doppelbezug vorliegt 79/80 S. 61; 77/78 S. 110

Kindeserkennung

- s. Anerkennung

Kindeschutzmassnahmen

Verwaltung

- Aufhebung einer Erziehungsbeistandschaft 97/98 S. 295
- s. Vormundschaftsbehörde
- Anwendung internationalprivatrechtlicher Regeln 93/94 S. 254; 93/94 S. 259
- Rücknahme einse Kindes, welches längere Zeit bei Pflegeeltern gelebt hat 79/80 S. 132
- s. Akteneinsicht

Kindeswohl

Verwaltung

- als Motiv für die Genehmigung eines Abfindungsvertrages für Unterhaltsansprüche 89/90 S. 212
- Aufnahme eines zehnjährigen Mädchens aus der Republik Benin in Familienpflege 87/88 S. 243

Kirchgemeinde

- s. Pfarrwahl
- s. Finanzausgleich
- s. Kirchgemeindeversammlung
- s. Grundstückgewinnsteuer

Kirchgemeindeversammlung

Verwaltung

- Zutritt 95/96 S. 136

Klageänderung

Gerichte

- Zulässigkeit nach ZPO 91/92 S. 128

Kleinbaute

Verwaltung

- Verbot der Wohnnutzung 93/94 S. 296
- Sitzplatzverglasung als Anbau zu einem Wohnhaus 89/90 S. 227
- Restaurantanbau 83/84 S. 210

Kniestock

Gerichte

- Die Mauern der Lukarnen und Dachaufbauten gelten nicht als Kniestock 95/96 S. 3

Kognition

Verwaltung

- bei der Beschwerde gegen Urnenwahlen 97/98 S. 229
- s. Regierungsrat
- s. Verwaltungsgericht

Kollektivgesellschaft

Gerichte

- Die Zahlungsunfähigkeit liegt erst dann vor, wenn nebst der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft auch diejenige sämtlicher Gesellschafter feststeht 97/98 S. 181

Kollokation

- s. Nachlassvertrag

Kommanditär

- s. Alters- und Hinterlassenenversicherung

Kompetenzstücke

Gerichte

- Anfechtung der Ausscheidung von Kompetenzstücken 93/94 S. 129

Konkurrenzverbot

Gerichte

- Gültigkeit 93/94 S. 119
- Begriff des Kunden 89/90 S. 102
- Voraussetzungen für das Zustandekommen; Herabsetzung der Konventionalstrafe 81/82 S. 88

Konkurs

Gerichte

- Aufhebung der Konkureröffnung durch das obere Gericht 97/98 S. 157
- über den Geschäftsführer einer GmbH 93/94 S. 132
- betrügerischer Konkurs, Vorsatz der Gläubigerbenachteiligung 81/82 S. 103
- s. Nachlassvertrag
- s. Rechtsöffnungsverfahren

Konkursamt

- s. Beschwerdelegitimation
- s. Akteneinsicht

Konkursmasse

Gerichte

- Aufnahme bestrittener Gegenstände ins Inventar 95/96 S. 84
- s. Sicherstellung

Konkursrichter

- s. Zuständigkeit

Konkursverfahren

Gerichte

- Rechtsschutzinteresse beim Abtretungsprozess 89/90 S. 116

Konventionalstrafe

Gerichte

- Der Rechtsöffnungsrichter hat die Frage der Angemessenheit einer Konventionalstrafe nur auf entsprechende Einrede hin zu prüfen. 91/92 S. 169
- s. Konkurrenzverbot

Konzession

- s. Gewässerschutz

Koordination

Gerichte

- von Einspruchsverfahren und Ausnahmegewilligungsverfahren 89/90 S. 42

Korporationen

Verwaltung

- s. Stimmregister
- Aufsicht 87/88 S. 192
- Nutzensauszahlung 85/86 S. 167
- Genehmigungsvorbehalt des Regierungsrates 85/86 S. 170

Kostenauflage

Gerichte

- im aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsprozess 97/98 S. 137

- trotz Freispruchs im Strafverfahren 93/94 S 206
- Bei der Verteilung der gerichtlichen und aussergerichtlichen Kosten ist im Zivilverfahren dem materiellrechtlich begründeten Veranlassungsprinzip hinreichend Rechnung zu tragen. 91/92 S. 210
- an den Privatkläger bei Freispruch oder Einstellung der Untersuchung 83/84 S. 143
- im Vaterschaftsprozess 81/82 S. 125
- bei Prozessen betreffen Einräumung eines Notweges 81/82 S. 126; 127
- massgebliches Kriterium für das Obsiegen und Unterliegen 81/82 S. 128
- bei Anerkennung der Klage 77/78 S. 181
- s. Gegenstandslosigkeit

Krankentaggeldversicherung

Gerichte

- Anspruch, selbst wenn kein Anspruch gegenüber dem Arbeitgeber auf Lohnzahlung zusteht, weil das Arbeitsverhältnis noch nicht drei Monate gedauert hat 79/80 S. 73

Krankenversicherung

Gerichte

- Einhaltung der Frist bei Gesuchen um Prämienverbilligung 97/98 S. 66; 95/96 S. 54
- Hat die Kasse neben den Heilanstaltsleistungen für chronischkranke Langzeitpatienten eine ambulante spezialärztliche Behandlung zu übernehmen? 93/94 S. 87
- s. Existenzminimum

Kreisverkehr

- s. Vortrittsrecht

Kündigung

Gerichte

- Entschädigung bei ungerechtfertigter fristloser Kündigung 97/98 S. 136

L

Landwirtschaftszone

Gerichte

- Bewilligung von Wohnraum für einen Gartenbaubetrieb 89/90 S. 47

Lebensversicherung

- s. Steuerrecht

Lebensmittelpolizei

Gerichte

- kantonale Zuständigkeit 81/82 S. 49

Legalitätsprinzip

Gerichte

- Die Forderung nach Bestimmtheit der strafrechtlichen Normen gilt auch für Signale und Markierungen 93/94 S. 149

Legitimation

- s. Beschwerdelegitimation

Lernfahrausweis

Verwaltung

- Voraussetzung zur Abgabe 87/88 S. 263

Lidlohn

- Anspruch der mündigen Tochter; Höhe des Anspruchs 77/78 S. 128

Liegenschaftsschätzung

Gerichte

- Gang des Schätzungsverfahrens bei der Verwertung einer Liegenschaft 97/98 S. 166
- Anfechtung auf dem Verwaltungsweg 85/86 S. 115

Verwaltung

- Anforderungen 91/92 S. 324

Liegenschaftsverkauf

- Freihandverkauf: Rechtsmissbräuchlichkeit eines nach dem Schlussgebot eingereichten höheren Angebots eines früheren Mitofferenten, nachdem dieser sich nunmehr eine Konkursforderung hatte abtreten lassen und als Konkursgläubiger auftrat 97/98 S. 163
- s. Genehmigung

Liquidationsanteil

- s. Arrest

Liquidatoren

Gerichte

- Beschwerde nach 316e SchKG 95/96 S. 81
- Disziplinalgewalt der Aufsichtsbehörde 95/96 S. 81

Lukarne

- s. Kniestock

M

Mäklerprovision

- s. Grundstückgewinnsteuer

Massnahme, ambulante

Gerichte

- Verhältnis zum Strafaufschub 93/94 S. 151

Mietausweisung

Gerichte

- aus einer Familienwohnung; Einhaltung der Formvorschriften 97/98 S. 135
- Tragung der Vollzugskosten 93/94 S. 189

Miete

Gerichte

- Eine Mietvertragsänderung ist nur gültig, wenn sie dem Mieter auf dem amtlichen Formular mitgeteilt worden ist 93/94 S. 116

Mieterstreckung

Gerichte

- Wiederaufnahme des Verfahrens auch im Mieterstreckungsprozess 93/94 S. 187
- s. Gegenstandslosigkeit

Mietzinserhöhung

Gerichte

- Anfechtung einer Mietzinserhöhung; Kündigungsschutz 91/92 S. 133
- Nichtigkeit einer vom Vermieter om Zusammenhang mit einer Mietzinserhöhung ausgesprochenen Kündigung 89/90 S. 101

Misswirtschaft

- s. Vormundschaft

Miteigentum

Verwaltung

- Berechtigung zur Einreichung eines Baugesuches bzw. zur Unterzeichnung von Baugesuchsplänen 79/80 S 184

Mitgliederbeiträge

Gerichte

- Steuerpflicht von Mitgliederbeiträgen von Branchenverbänden mit wirtschaftlicher Zwecksetzung in der Rechtsform des Vereins 89/90 S. 15

Moderation

- s. Anwaltsrecht

Motion

Verwaltung

- Erheblicherklärung in der Gemeindeversammlung 89/90 S. 166
- Recht in der Gemeindeversammlung 85/86 S. 170

Motorfahrzeugkontrolle

- s. Behörde

N

Nachbarrecht

- s. Grenzabstand

Nacherbe

- s. Beschwerdelegitimation

Nachlassvertrag

Gerichte

- Anhaltspunkte für das Zustandekommen eines Nachlassvertrages bei Betreuung auf Konkurs 97/98 S. 155
- Das Kollokationsverfahren beim Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung richtet sich grundsätzlich nach den Vorschriften des Konkursrechtes. 93/94 S. 145

Nachteil

Gerichte

- im Sinne von § 129 Ziff. 3 StPO; Beweisbarkeit 85/86 S. 127

Nachtragskredit

Verwaltung

- nach Gemeinegesetz 83/84 S. 176; S. 177

Namensänderung

Gerichte

- Rechtsweg bei Abweisung des Gesuchs 85/86 S. 117

Verwaltung

- Änderung des Familiennamens eines Kindes nicht miteinander verheirateter Eltern vom Familiennamen der Mutter, der die elterliche Gewalt entzogen und auf den Vater übertragen wurde, in den Familiennamen des Vaters 97/98 S. 293
- Ablehnung eines Gesuchs: wirtschaftliche Gründe sind keine „wichtigen Gründe“ im Sinne des Gesetzes 95/96 S. 144

- aus psychologischen Gründen 95/96 S. 146
- nach Geschlechtsumwandlung 95/96 S. 147
- Änderung des zweiten Vornamens 95/96 S. 147
- Änderung des Vornamens eines minderjährigen Kindes 95/96 S. 148
- Übereinstimmung der Schreibweise des Familiennamens an beiden Heimatorten 95/96 S. 148
- aufgrund eines Versehens der Spitalbehörde 95/96 S. 149
- Bewilligung zur Weiterführung des bisherigen Familiennamens nach der Adoption einer volljährigen Person 93/94 S. 238
- Änderung des Familiennamens eines volljährigen Stiefkindes 93/94 S. 242
- aus psychologischen Gründen 93/94 S. 242
- Änderung des bei der Heirat von der Ehefrau angenommenen Doppelnamens in den Familiennamen der Ehefrau 91/92 S. 291
- Änderung des Familiennamens eines Pflegekindes; Anhörung der leiblichen Mutter 91/92 S. 293
- Änderung des Ledigennamens (Frauennamens) in den Witwennamen der Mutter 89/90 S. 184
- Schulortswechsel und Geburt einer Stiefschwester als wichtige Gründe zur Änderung eines Familiennamens eines Stiefkindes 89/90 S. 185
- Voranstellung des tatsächlich verwendeten Rufnamens vor dem Registernamen 89/90 S. 190
- Bewilligung an eine seit 20 Jahren geschiedene Frau zur Führung des Ehenamens 87/88 S. 212
- Bewilligung zur Führung des Mädchennamens der Ehefrau als Familienname des Ehepaars 87/88 S. 214
- Bewilligung zur Führung des Prädikats „von“ vor dem Familiennamen ausländischer Herkunft 87/88 S. 217
- Führung des Namens der Ehefrau als Familienname des Ehepaars aus „achtenswerten Gründen“ ab dem Zeitpunkt der Eheschliessung 87/88 S. 219
- Änderung des Namens eines Stiefkindes; Kindesinteresse 85/86 S. 179
- Zuständigkeit des Wohnsitzkantons 83/84 S. 183

- Bewilligung zur Weiterführung des Ehenamens aus psychologischen Gründen 83/84 S. 186
- Fehlen eines wichtigen Grundes für die Bewilligung der Weiterführung des Ehenamens einer geschiedenen Frau 81/82 S. 160
- Änderung eines Familiennamens, der zu Verwechslungen Anlass gibt und mit unangenehmer Nebenbedeutung; Wahl des neuen Namens 81/82 S. 163; 79/80 S. 130
- Fehlen eines wichtigen Grundes für die Änderung eines Familiennamens 79/80 S. 129
- s. Grund, wichtiger

Naturschutzgesetz

Gerichte

- Voraussetzung der Unterschutzstellung 89/90 S. 65

Nebenintervention

Gerichte

- rechtliches Interesse als Voraussetzung 89/90 S. 129
- Gerichtskosten und Parteientschädigung 89/90 S. 129
- des Verwaltungsratsmitglieds einer Aktiengesellschaft, deren Generalversammlungsbeschluss angefochten wird 87/88 S. 125

Nichtanhandnahme

- s. Parteientschädigung

Nichteintretensentscheid

- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde

Nichtigkeit

Gerichte

- einer Steuerveranlagungsverfügung wegen grober Mängel 81/82 S. 37

Normenkontrolle, abstrakte

Gerichte

- Keine abstrakte Normenkontrolle durch das Verwaltungsgericht bei Ausführungserlassen des Regierungsrates. 91/92 S. 79.

Notbedarf

- s. Existenzminimum

Nottrauung

Verwaltung

- Eheschliessung ausserhalb des Trauungsorts und Verzicht auf die Ehever kündigung 89/90 S. 203

Notverkauf

Gerichte

- von Wertpapieren 91/92 S. 173

Notweg

- s. Kostenaufgabe

Novenrecht

Gerichte

- Sorgfaltspflicht für das Vorbringen von Noven im Berufungsverfahren 89/90 S. 138
- s. Oficialmaxime

Nutzungsplan

- s. Beschwerde
- s. Beschwerdelegitimation

O

Oberexpertise

Gerichte

- Voraussetzung für die Anordnung 97/98 S. 186

Obergericht

Gerichte

- Administrative Entscheide des Obergerichts unterliegen nicht der Verwaltungsgerichtsbeschwerde 91/92 S. 204

Obhut

Verwaltung

- Wiederherstellung der elterlichen Obhut mit Bedingungen und Auflagen 97/98 S. 311
- Aufhebung der elterlichen Obhut durch die Vormundschaftsbehörde 93/94 S. 277; 87/88 S. 238
- s. Akteneinsicht

Öffentlicherklärung

- eines Gewässers unter Beanspruchung von Grundeigentum des Anstössers 93/94 S. 46

Öffentlichkeit

Gerichte

- Ausschluss von der Hauptverhandlung vor Strafgericht 91/92 S. 198

Offizialmaxime

Gerichte

- Auch bei Geltung der Offizialmaxime sind Noven im Berufungsverfahren nur beschränkt zulässig 77/78 S. 193

Verwaltung

- bei der Prüfung des Kindesverhältnisses durch die Vormundschaftsbehörde 85/86 S. 190

Opfer

Gerichte

- Begriff des wehrlosen Opfers nach Art. 123 Ziff. 2 Abs. 2 StGB 97/98 S. 173

Opferhilfe

Gerichte

- Folge der Verletzung der im Opferhilfegesetz garantierten Verfahrensrechte des Geschädigten 97/98 S. 203
- Beteiligung des Opfers am Strafverfahren 95/96 S. 109
- Beschwerde gegen Einstellungsverfügungen nach Art. 8 lit. B OHG 93/94 S. 209

Opportunitätsprinzip

Gerichte

- im Disziplinarverfahren nach Anwaltsgesetz 97/98 S. 216
- Ermessensspielraum des Untersuchungsrichters 93/94 S. 190

Ordnungsbusse

Gerichte

- kein Rechtsmittel im Strafverfahren 85/86 S. 153

Ordnungsbussenverfahren

Gerichte

- Hat die Polizei versehentlich das Ordnungsbussenverfahren angewendet, bedeutet dies nicht, dass andere Verkehrsregelverletzungen nicht mehr zu Anzeige gebracht werden und allenfall sanktioniert werden können 93/94 S. 164

P

Pachtvertrag

Gerichte

- Rechtsnatur 81/82 S. 83

Parkplatzreglement

Gerichte

- Ablösebetrag für einen Parkplatz in der Kernzone 91/92 S. 97

Parteientschädigung

Gerichte

- Sicherstellung im Untersuchungsverfahren 95/96 S. 93
- Sicherstellung im Nachlassverfahren 93/94 S. 183
- in der Regel keine Parteientschädigung an die obsiegende Vorsorgeeinrichtung 91/92 S. 202
- Höhe, wenn ein praktizierender Rechtsanwalt im Prozess nicht als beauftragter Anwalt, sondern in seiner Funktion als Verwaltungsrat der (obsiegenden) Partei auftritt 91/92 S. 211
- Art der Sicherheitsleistung 89/90 S. 134
- bei Verfahren vor dem kantonalen Versicherungsgericht 87/88 S. 86
- nur auf entsprechenden Antrag hin 87/88 S. 123; 83/84 S. 127
- s. Gerichtskosten
- Sicherstellung 87/88 S. 130; 83/84 S. 128
- kein Anspruch einer Behörde, die in Ausübung der obrigkeitlichen Funktion am Verfahren teilnimmt 81/82 S. 114
- zu Lasten des Gemeinwesens bei offenkundiger Rechtsverletzung 81/82 S. 115
- mangels gesetzlicher Grundlage im Falle der Nichtanhandnahme keine Parteientschädigung des Strafklägers/Strafanzeigers an den Angeschuldigten 81/82 S. 146
- im Rechtsmittelverfahren 79/80 S. 41

Verwaltung

- an den Beschwerdeführer zulasten der Gemeinde bei Beschwerderückzug 95/96 S. 192
- nach Verwaltungsrechtspflegegesetz bei Abschreibung einer Beschwerde 91/92 S. 345
- s. Fürsorgerischer Freiheitsentzug
- Zusprechung an den Beschwerdeführer bei Abschreibung der Beschwerde infolge Wiedererwägung 85/86 S. 190
- zu Lasten der Gemeinde 85/86 S. 205
- bei Rückzug einer Beschwerde im Verwaltungsverfahren 83/84 S. 220
- s. Gegenstandslosigkeit

Parteiwechsel

Gerichte

- gewillkürter Parteiwechsel auf Seiten des Beklagten 91/92 S. 215

Perimeterbeitrag

- s. Strassenreglement

Person, juristische

- s. Prozessführung, unentgeltliche

Personalfürsorgestiftung

- s. Stiftungsaufsicht

Persönlichkeitsverletzung

Gerichte

- Umfang und Grenzen des Berichtigungsanspruchs 95/96 S. 59

Pfändung

- s. Invalidenversicherung

Pfarrwahl

Verwaltung

- keine Behördenwahl 89/90 S. 179
- Wiederwahl der Pfarrer bei der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde des Kantons Zug 87/88 S. 195

Pflegekind

Verwaltung

- s. Kinderzulagen
- Untersagung der Rücknahme eines Kindes vom Pflegeplatz 93/94 S. 270

Planungs- und Baurecht

Gerichte

- Eigentumsgarantie und Ortsplanung 97/98 S. 72
- Überprüfung der Ortsplanung im Beschwerde- und Genehmigungsverfahren 97/98 S. 80
- Baueinsprache, wenn die Publikation eines Bauvorhabens unterbleibt 97/98 S. 85
- Bestandesgarantie: Der Wiederaufbau eines abgerissenen Gebäudeteils fällt nicht unter die Bestandesgarantie 97/98 S. 89
- Gebäudeabstand zwischen Bauten auf dem gleichen Grundstück 97/98 S. 98
- Zulässigkeit von Abweichungen von einem Gesamtüberbauungsplan 97/98 S. 101
- gewachsenes Terrain 97/98 S. 105
- Zonenplanverfahren ist massgebendes Verfahren für die Zone übriges Gebiet für Kiesabbau 97/98 S. 108
- die Mauern der Lukarnen und Dachaufbauten gelten nicht als Kniestock 95/96 S. 3
- nicht störende Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe in der Wohnzone 95/96 S. 6; 85/86 S. 54; 58
- Inwieweit verpflichtet ein Bebauungsplan zur Verwirklichung eines Gesamtkonzepts? 95/96 S. 8

- hinreichende Zufahrt, bundesrechtliche Minimalvorschriften 93/94 S. 3
- teilweise Änderung nach 24 Abs. 2 RPG 93/94 S. 12
- anrechenbare Ausnützung, Begriff des Dachgeschosses 93/94 S. 14
- auf die Ausnützung anrechenbare Räume unterhalb des Erdgeschosses 93/94 S. 21
- Anrechnung des offenen Treppenhauses an die Geschossfläche 93/94 S. 21
- Kognition des Regierungsrates bei Prüfung von gemeindlichen Bauvorschriften 93/94 S. 28
- Eine Besitzstandgarantie für altrechtliche Bauten lässt sich nicht durch eine Ausnahmegewilligung in den Bereich von Neubauten ausdehnen. 93/94 S. 36; 81/82 S. 46
- Besonderheiten der Bauvorschriften für die Altstadt Zug 93/94 S. 40; 91/92 S. 65.
- Wann verleihen behördliche Vorentscheide einen Rechtsanspruch auf Einweisung in die Bauzone? 91/92 S. 26
- Art. 21 RPG. Zonenplanänderungen haben der Beständigkeit der Planung und der Rechtssicherheit Rechnung zu tragen 91/92 S. 39
- Art. 24 RPG. Ausnahmegewilligung ausserhalb der Bauzone. Abbruch eines nicht bewilligungsfähigen Holzschopfes 91/92 S. 47.
- Ausnützungsziffer. Treppenhaus und Lift fallen nicht unter die nicht anrechenbaren Flächen von Gemeinschaftsräumen in Wohnhäusern mit mehr als drei Wohnungen 91/92 S. 57.
- Begriff des Zweifamilienhauses 91/92 S. 65.
- Bewilligung von Bauten ausserhalb der Bauzone 89/90 S. 39
- Abbruch und Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes bei Bauten ausserhalb der Bauzone; Zuständigkeit der Baudirektion 89/90 S. 41
- Zuständigkeit und Verfahren bei Widerspruch gegen eine Abparzellierung 89/90 S. 42
- Wohnraum für einen Gartenbaubetrieb in der Landwirtschaftszone 89/90 S. 47
- Bauverbot im Baulinienraum für Bauten, welche mit der späteren Zweckbestimmung des Landes im Widerspruch stehen 89/90 S. 49

- bauliche Änderungen an einer als Arealüberbauung erstellten Siedlung 89/90 S. 52
- Zulässigkeit eines Mehrzwecksaales in der Altstadtzone 89/90 S. 62
- s. Bauermittlungsverfahren
- Ein Zivilrechtsstreit über ein Grenzbaurecht hindert die Erteilung einer Baubewilligung. 87/88 S. 63
- Besitzstandsgarantie bei Sanierung einer altrechtlichen Flachdachbaute 87/88 S. 65
- Berechnung der Ausnützung bei Arealüberbauung 87/88 S. 68
- Zweckänderung einer Baute ausserhalb der Bauzone; fehlende Standortgebundenheit 85/86 S. 40
- Estrichräume fallen nicht unter die anrechenbare Wohnfläche 85/86 S. 47
- eine Ausnahmegewilligung setzt eine hinreichend darzulegende Ausnahmesituation voraus 85/86 S. 50
- Ausnahmegewilligung ausserhalb der Bauzone; Kiesabbau 83/84 S. 33
- Kleinbauzonen 83/84 S. 43
- Bewilligungspflicht für Bauten und Anlagen 83/84 S. 47
- Entschädigung bei materieller Enteignung 83/84 S. 49
- Abstandsvorschriften 83/84 S. 56
- grosser und kleiner Grenzabstand 83/84 S. 64
- s. Gewässerschutz
- Ausnahmegewilligung ausserhalb der Bauzone; übriges Gemeindegebiet 81/82 S. 41; S. 43
- genügende Zufahrt 79/80 S. 36
- Einzonung eines Grundstückes in die Zone des öffentlichen Interesses; Entschädigung 77/78 S. 63

Verwaltung

- Umfang der bewilligungspflichtigen Bauvorhaben 97/98 S. 327
- Bewilligungspflicht einer Holzwand unmittelbar an der Grundstücksgrenze 97/98 S. 327

- Bewilligung von Plakatstellen entlang einer Kantonsstrasse 97/98 S. 332
- Erhöhte Anforderungen an die Arealüberbauung gegenüber der Einzelbauweise 97/98 S. 332
- Verbot von Antennen 95/96 S. 177; 89/90 S. 227
- Definition Wohnraum 95/96 S. 179
- Höhengvorschriften bei Stützmauern in Verbindung mit Abgrabungen 95/96 S. 179
- Bewilligungspflicht für Spritzenautomaten 95/96 S. 179
- grosser Grenzabstand 95/96 S. 180
- Strassenlärm als Grund für eine Befreiung von Wohnanteilsvorschriften? 93/94 S. 295
- Verbot der Wohnnutzung in Kleinbauten 93/94 S. 296
- Darf ein offenes, aussenliegendes Treppenhaus in den Grenzabstand hineinragen? 93/94 S. 297
- Strassenreklame 93/94 S. 298; 91/92 S. 339
- Merkmale eines Erkers 91/92 S. 339
- verglaster Sitzplatz als Kleinbaute? 89/90 S. 227
- öffentliches Fusswegrecht als Auflage zur Arealüberbauung 89/90 S. 227
- Zulässigkeit eines Schreinereibetriebes in der Wohnzone 89/90 S. 228
- Umbauten innerhalb der Baulinie 85/86 S. 201
- Gebäudehöhe 85/86 S. 201
- Profilierung 85/86 S. 201
- Bebauungsplan, Bindung der Baubehörde 83/84 S. 209
- Keinbaute 83/84 S. 210
- Begriff der Standortgebundenheit 81/82 S. 186
- Ausnutzungsziffer einer in zwei verschiedenen Zonen gelegenen Parzelle 81/82 S. 189
- Grundeigentümerbeiträge für den Stassenausbau 81/82 S. 18

- Berechnung der Ausnutzungsziffer bei Einbezug eines Estrichraumes 81/82 S. 191
- Grenzabstände 81/82 S. 191
- s. Enteignung
- Zulässigkeit von privaten Bauten in der Zone des öffentlichen Interesses 79/80 S. 172
- Berechtigung zur Einreichung eines Baugesuches bzw. zur Unterzeichnung von Baugesuchsplänen bei Miteigentum 79/80 S. 184
- kleine Änderung von Zonen- und Bebauungsplänen 77/78 S. 223
- Anspruch auf Erteilung einer Baubewilligung in einer Wohnzone 77/78 S. 224
- Einstweilige Abweisung einer Baubewilligung 77/78 S. 225
- Ausnutzungsübertragung 77/78 S. 226

Planungskosten

- s. Grundstückgewinnsteuer

Prämienverbilligung

- s. Krankenversicherung

Prätendentenstreit

- s. Hinterlegung

Privatkläger

Gerichte

- Die Verletzung der Verfahrensrechte des Privatklägers ist ein Verfahrensmangel, der im Berufungsverfahren nicht geheilt werden kann 97/98 S. 203
- s. Untersuchungshandlung
- s. Akteineinsicht
- Unterschied zum blossen Anzeigerstatter 89/90 S. 124
- s. Geschädigter

- Voraussetzungen zur Kostenaufgabe bei Freispruch oder Einstellung der Strafuntersuchung 83/84 S. 143

Probezeit

Gerichte

- keine Verlängerung, wenn bei der Festsetzung bereits bewilligter unbezahlter Urlaub von berücksichtigt worden ist 87/88 S. 95

Profilierung

Verwaltung

- 85/86 S. 201

Prozessführung, unentgeltliche

Gerichte

- kein Anspruch der juristischen Person 95/96 S. 93

Prozesskaution

Gerichte

- Der Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 25. November 1850/8. November 1855 befreit den in Amerika wohnenden Amerikaner nicht von der Entrichtung einer Prozesskaution.

Prozessstoff

- s. Anklageprinzip

Publikation

- s. Entmündigung

R

Raumplanung

- s. Bau- und Planungsrecht

Rechnungslegung

Verwaltung

- Beizug des Bevormundeten 79/80 S. 138

Rechtliches Gehör

Gerichte

- des Privatklägers nach zugerischem Strafprozess 93/94 S. 194
- Die siebentägige Abholfrist nach Postverkehrsgesetz kann nicht erstreckt werden 91/92 S. 189
- Anspruch im Verfahren vor dem Einzelrichter in Strafsachen 85/86 S. 152
- Geltung im Einspracheverfahren bei Veranlagung der Grundstückgewinnsteuer 83/84 S. 22
- Nichtdurchführung der Schlusseinvernahme 81/82 S. 148
- Beschwerde gegen die Überweisungsverfügung 81/82 S. 149
- Umfang des Anspruches 79/80 S. 119; 121

Verwaltung

- bei der Entziehung der elterlichen Gewalt 97/98 S. 304

Rechtsbeistand, unentgeltlicher

Gerichte

- Anrechnung von Honoraren und Vorschüssen, welche eine Partei ihrem Anwalt bereits vor dessen Bestellung zum unentgeltlichen Rechtsbeistand bezahlt hat 89/90 S. 136

Verwaltung

- im Kindesschutzverfahren 97/98 S. 336; 93/94 S. 318
- für die unverheiratete Mutter im Beschwerdeverfahren betreffend Besuchsrecht des unverheirateten Vaters: Voraussetzungen 97/98 S. 339

- bei fristloser Auflösung des Arbeitsverhältnisses 95/96 S. 191
- im Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat 83/84 S. 219

Rechtshängigkeit

Gerichte

- Die Berufung in Strafsachen wird erst nach Eingang der schriftlichen Berufungsbegründung im Anschluss an die Zustellung des schriftlich begründeten erstinstanzlichen Urteils bei der Berufungsinstanz hängig. 91/92 S. 228
- Einrede der Rechtshängigkeit im internationalen Verhältnis 83/84 S. 132

Rechtshilfe

Gerichte

- Im Kanton Zug ist das Untersuchungsrichteramt für die Gewährung und Bearbeitung interkantonalen Rechtshilfe zuständig 93/94 S. 171
- keine Prüfung der Zweckmässigkeit und Angemessenheit der verlangten interkantonalen Rechtshilfebehandlung durch den Untersuchungsrichter 89/90 S. 122
- Anwesenheit ausländischer Untersuchungsbeamter 87/88 S. 106

Rechtskraft

Gerichte

- keine materielle Rechtskraft bei Gerichtsbefehlen, welche der Aufrechterhaltung des tatsächlichen Zustandes dienen 97/98 S. 184
- Die materielle Rechtskraft steht auch einer Klage entgegen, mit der das kontradiktorische Gegenteil des Ersturteils verlangt wird 91/92 S. 213
- beschränkte der Einstellungsverfügung des Untersuchungsrichteramtes 85/86 S. 149
- s. Grundbuchvermessung

Rechtsmittelbelehrung

Gerichte

- kein Nachteil für eine Partei aus fehlender, unvollständiger oder unrichtiger Rechtsmittelbelehrung 93/94 S. 176

- Voraussetzungen, unter denen eine Rechtsmittelfrist trotz fehlender Rechtsmittelbelehrung zu laufen beginnt

Verwaltung

- bei einer Rechnung betreffend Handänderungsgebühren 95/96 S. 195

Rechtsmittelentscheid

- s. Anfechtung

Rechtsöffnungstitel

Gerichte

- Schuldanererkennung als provisorischer Rechtsöffnungstitel 97/98 S. 152
- Der gerichtliche Vergleich kann durch einfache Anfechtungserklärung einer Partei seiner Qualität als Rechtsöffnungstitel nicht beraubt werden, es bedarf hierzu eines ordentlichen Prozesses 85/86 S. 97
- Anerkennung des Kontostandes bei Kontokorrentverkehr 77/78 S. 154

Rechtsöffnungsverfahren

Gerichte

- Die Gebühren für die Rechtskraftbescheinigung eines Rechtsöffnungsentscheides sind keine Betreibungskosten im Sinne von Art. 16 SchKG. 97/98 S. 149
- Provisorische Rechtsöffnung kann bei einem synallagmatischen Vertrag nur erteilt werden, wenn der Betreibende seine Leistung angeboten hat 97/98 S. 154
- Ein im Zeitpunkt der Konkureröffnung hängiges Rechtsöffnungsverfahren muss nicht eingestellt werden 97/98 S. 160
- Beendigung des Rechtsöffnungsverfahrens durch Vergleich 97/98 S. 199
- Parteientschädigung 85/86 S. 98
- Geltendmachung des „beneficium excussionis realis“ 77/78 S. 152

Rechtspflege, unentgeltliche

Gerichte

- keine unentgeltliche Rechtspflege im Sinne einer Befreiung von Verfahrenskosten im Strafverfahren 91/92 S. 196

Verwaltung

- im Verwaltungsverfahren (Kindesschutzverfahren) 97/98 S. 336; 93/94 S. 317; 93/94 S. 318

Rechtsschrift

- s. Anstand

Rechtsschutzinteresse

Gerichte

- ist im Verwaltungsverfahren rein prozessualer Natur; Definition 77/78 S. 175

Verwaltung

- s. Konkursverfahren
- aktuelles Interesse 87/88 S. 238
- Dahinfallen infolge Todes während des Beschwerdeverfahrens 85/86 S. 198

Rechtsverletzung

Verwaltung

- Definition der Rechtsverletzung im Sinne von § 49 Abs. 2 Ziff. 3 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes 91/92 S. 267
- s. Parteientschädigung

Rechtsverweigerung

Gerichte

- keine Rechtsverweigerung durch formell verfügte Sistierung eines Verfahrens 87/88 S. 137
- Die Rechtsverweigerungs- bzw. Rechtsverzögerungsbeschwerde dient nicht zur blossen Feststellung einer Pflichtwidrigkeit 85/86 S. 133

Verwaltung

- Dahinfallen der Beschwerde infolge Todes 85/86 S. 198

Rechtsverzögerung

- s. Rechtsverweigerung

Rechtsvorschlag

Gerichte

- Durch die Erklärung des Rechtsvorschlags wird der Fortgang des Vollstreckungsverfahrens im vollen Umfang gehemmt, auch wenn die in Betreuung gesetzte Forderung nur teilweise bestritten wird. 93/94 S. 135
- Nachträglicher Rechtsvorschlag bei Zustellung von Betreuungsurkunden am sog. Briefkastendomizil 91/92 S. 150.
- gegen unbestimmt viele Zahlungsbefehle ist ungültig 91/92 S. 160
- Wann ist der Betreibene ohne sein Verschulden verhindert, innert der gesetzlichen Frist Recht vorzuschlagen? 91/92 S. 161

Redezeitbeschränkung

- s. Gemeindeversammlung

Referent

Gerichte

- Abgrenzung des Anwendungsbereiches der Beschwerde an die Justizkommission und der Einsprache an das Kantonsgericht gegen Verfügungen des Referenten 85/86 S. 125

Reformatio in peius

- s. Entmündigung

Regierungsrat

Gerichte

- Kreditbeschlüsse sind keine beim Verwaltungsgericht anfechtbaren Verwaltungsentscheide 97/98 S. 112
- Eingriff in Entscheide des Gemeinderates als Beschwerdeinstanz und als Aufsichtsbehörde 97/98 S. 119
- Kognition des Regierungsrates bei der Überprüfung von gemeindlichen Bauordnungen 93/94 S. 28; 93/94 S. 177
- Zuständigkeit bei der Öffentlicherklärung eines Gewässers 93/94 S. 46
- Wenn die Gesetzgebung nichts anderes bestimmt gehen die Verwaltungsentscheide des Kantons vom Regierungsrat aus 89/90 S. 3

- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde
- s. Beschwerdelegitimation
- s. Verwaltungsgericht
- keine Überprüfung des Ermessens durch das Verwaltungsgericht 79/80 S. 49

Verwaltung

- als Beschwerdeinstanz für die Anfechtung von Einredeentscheiden des Gemeinderates 97/98 S. 229
- Feuerwehrrersatzabgabe: endgültiger Entscheid des Regierungsrates 97/98 S. 285
- s. Gemeindeautonomie
- s. Aufsichtsbeschwerde
- Kompetenzausscheidung gegenüber dem Kantonsrat bezüglich Unterhaltskosten des Kantonsspitals 89/90 S. 160
- s. Entmündigung
- Ersatzvornahme und vorsorgliche Massnahmen bei einer Pfarrwahl 87/88 S. 196
- Zuständigkeit bei Beschwerde gegen die Aufhebung der elterlichen Obhut 87/88 S. 238
- Kognition bei einer Beschwerde wegen Verkehrsbeschränkung 87/88 S. 277
- Genehmigung von allgemeinverbindlichen Gemeindereglementen 85/86 S. 170
- Unzuständigkeit zur Behandlung einer Verwaltungsbeschwerde, wenn er bereits als vormundschaftliche Aufsichtsbehörde entschieden hat 83/84 S. 218
- s. Rechtsbeistand, unentgeltlicher
- Oberaufsicht über die Baupolizei 81/82 S. 188
- Kleinstbauzonen 81/82 S. 189

Reklameverbot

Verwaltung

- Verbot von Fremdreklamen auf Privatgrundstücken 91/92 S. 339

Revisionsstelle

Gerichte

- Die richteliche Einsetzung einer Revisionsstelle setzt eine gewisse Mitwirkung seitens der Gesellschaft voraus 97/98 S. 137; 93/94 S. 126
- solidarische Haftung bei Pflichtverletzung 83/84 S. 98

Röntgenaufnahmen

- s. Durchsuchung, körperliche

S

Sachverständiger

Gerichte

- mündliche Verhandlung zur umfassenden Instruktion 95/96 S. 95

Saisonbewilligung

Verwaltung

- Verweigerung 95/96 S. 120
- s. Aufenthaltsbewilligung

Säumnis

Gerichte

- Folge bei Prozessen, bei denen die Abhaltung eines Sühnevorstands entfällt 85/86 S. 124
- Folge im Untersuchungsverfahren 85/86 S. 124
- Folge bei Nichterscheinen des Beklagten im Scheidungsverfahren 77/78 S. 195

Schadenersatz

- s. Verantwortlichkeit

Scheidung

Gerichte

- Gegenstandslosigkeit des Scheidungsprozesses bei Tod einer Prozesspartei vor Ablauf der Frist für die Berufung an das Bundesgericht 85/86 S. 100
- Scheidung der Ehe italienischer Ehegatten, wenn die Klägerin in der Schweiz, der Beklagte dagegen in Italien wohnt 77/78 S. 150
- s. Säumnis
- s. Unterhaltsbeitrag
- s. Wiederaufnahme

Schenkung

Gerichte

- „gemischte Schenkung“ 95/96 S. 89

Verwaltung

- des Grundstücks des Verbeiständeten 87/88 S. 257
- eines Grundstücks als Investitionsausgabe einer Gemeinde 83/84 S. 166

Schiedsspruch

Gerichte

- Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche 97/98 S. 139
- Anforderung an die Übersetzung des Schiedsgerichtsurteils 97/98 S. 142

Schuldenerkennung

Gerichte

- Umkehr der Beweislast 95/96 S. 66
- Begriff 87/88 S. 102
- s. Rechtsöffnungstitel

Schuldbrief

- s. Grundbuch

Schulwesen

Gerichte

- Voraussetzung für das Überspringen einer Klasse 87/88 S. 14; 83/84 S. 201

Verwaltung

- Verweigerung der Lehrbewilligung als Sprachheillehrer 81/82 S. 177
- Unterrichtsbefreiung von Lehrern 81/82 S. 180
- Änderung einer Zeugnisnote nach dem Promotionsentscheid 81/82 S. 182

- Einkommen der Stiefeltern bei Stipendien 81/82 S. 185
- Anordnungen der Schulkommission beim Ausschluss eines Schülers 79/80 S. 151
- Subventionierung von Musikinstrumenten für die gemeindlichen Musikschulen 79/80 S. 153
- Subventionierung von Mobiliar für Kindergärten 79/80 S. 154
- Vertretung der Kantonsschullehrerkonferenz im Kantonsschulrat 79/80 S. 158
- Ermessensspielraum bei der Notengebung 77/78 S. 222

Schulzahnpflege

Gerichte

- Bei der Abstufung nach den finanziellen Verhältnissen der Eltern ist es unzulässig, die finanziellen Verhältnisse des Stiefelternteils zu berücksichtigen 93/94 S. 56

Verwaltung

- Die Beiträge der Gemeinden an die AHV und die Familienausgleichskasse für die Schulzahnärzte sind nicht subventionsberechtigt 79/80 S. 157

Schutzzone

- s. Gewässerschutz

Sendung, eingeschriebene

- s. Frist
- s. Zustellung

Selbstkontrahierung

Gerichte

- Selbstkontrahierung ist nur dann gestattet, wenn entweder die Natur des Rechtsgeschäfts die Gefahr der Benachteiligung des Vertretenen ausschliesst, oder der Vertretene den Vertreter zum Geschäftsabschluss besonders ermächtigt oder das Geschäft nachträglich genehmigt hat 93/94 S. 112.

Sicherheitshaft

Gerichte

- Nach Abschluss der Untersuchung ist der Strafrichterpräsident für die Anordnung der Sicherheitshaft zuständig, und zwar bis zum allfälligen Eingang einer schriftlichen Berufungsbegründung beim Strafobergericht 91/92 S. 223
- genügende gesetzliche Grundlage 91/92 S. 228
- Voraussetzungen; Haftdauer 87/88 S. 147

Sicherstellung

Gerichte

- s. Parteientschädigung
- keine von der Konkursmasse als Prozesspartei 87/88 S. 129
- Garantieerklärungen schweizerischer Grossbanken 81/82 S. 129
- der Kosten durch den Beklagten 79/80 S. 97
- der Parteientschädigung bei Streitverkündung 77/78 S. 182
- Voraussetzungen, unter denen eine Aktiengesellschaft als Beklagte zur Sicherstellung der Prozesskosten verpflichtet werden kann 77/78 S. 182

Siegelungsverfahren

- keine Regelung des Siegelungsverfahrens in der StPO; analoge Anwendung der Bundesstrafprozessordnung 87/88 S. 154

Sistierung

Gerichte

- eines Verfahrens als anfechtbare prozessleitende Verfügung 87/88 S. 137
- s. Rechtsverweigerung

Sitzverlegung

Gerichte

- einer AG während einer laufenden Betreuung 95/96 S. 83

Sorgfaltspflicht

- s. Novenrecht

Sozialdienst

- s. Aufsichtsbeschwerde

Spritzenautomat

Verwaltung

- Bewilligungspflicht 95/96 S. 179

Sprungbeschwerde

- Sachzusammenhang mit einer anderen vom Regierungsrat zu entscheidenden Beschwerde 83/84 S. 118

Staatspersonal

Verwaltung

- Zuweisung anderer Arbeit 95/96 S. 125

Standesinitiative

Verwaltung

- Unzulässigkeit des Begehrens, eine 44 Seiten umfassende Schrift sei als integrierter Teil des Initiativbegehrens zu betrachten und mit diesem zusammen ungekürzt dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten 83/84 S. 156

Standesregeln

- s. Anwaltsrecht

Standortgebundenheit

Gerichte

- fehlende bei Zweckänderung einer Baute ausserhalb der Bauzone 85/86 S. 40

Stellvertretung

Verwaltung

- bei der brieflichen Stimmabgabe 89/90 S. 155; 85/86 S. 157

Steueraufschub

Gerichte

- bei Ersatzbeschaffung 97/98 S. 16; 95/96 S. 21
- s. Grundstückgewinnsteuer
- als Gegenstand einer Vorfrage 87/88 S. 47
- Die Handänderung zufolge Unternehmensaufteilung stellt keinen Steueraufschub dar. 87/88 S. 60
- bei Tausch 83/84 S. 24

Steuerrecht

Gerichte

- Besteuerung von Gewinnen aus einer Betriebsstätte 87/88 S. 38
- Abgrenzung zwischen steuerfreier Kapitalauszahlung aus Lebensversicherung und steuerbarer Kapitalabfindung bei Beendigung eines Dienstverhältnisses 87/88 S. 44
- Besteuerung des Gewinns bei Veräußerung von Genossenschaftsanteilen an eine Gemeinde 81/82 S. 19
- Abzüge vom rohen Einkommen; Liegenschaftsunterhaltskosten 79/80 S. 20
- Die Zustellung einer Steuererklärung unterbricht die Verjährung nicht 79/80 S. 26
- An Form und Inhalt einer Einsprache gegen eine Veranlagungsverfügung dürfen keine überspitzten Anforderungen gestellt werden 77/78 S. 4
- Durch einen Studienaufenthalt im Ausland wird die Steuerpflicht in der Schweiz auch dann nicht unterbrochen, wenn die Abmeldung am Wohnort erfolgt ist 77/78 S. 5
- s. Einsprache
- Die Kosten für die Stellensuche sind keine abzugsfähigen Berufsauslagen 77/78 S. 10

- Abzug für Zuwendungen an Freikirchen 77/78 S. 19
- Voraussetzungen der Aufrechnung von verdecktem Eigenkapital 77/78 S. 27
- Verjährungsfrist von 5 Jahren für die Nach- und Strafsteuer gilt auch für die ordentliche Veranlagung 77/78 S. 35
- s. Zwischenveranlagung
- Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen bei der Veranlagung 77/78 S. 40

Stiefeltern

- s. Schulzahnpflege

Stiefkind

- s. Namensänderung

Stiftungsaufsicht

Gerichte

- Unzulässigkeit des privatrechtlichen Einspruchs gemäss Art. 32 Abs. 2 HRegV 95/96 S. 77
- Vorsorgliche Massnahmen zur Sicherstellung von Stiftungsvermögen 87/88 S. 224
- s. Familienstiftung

Verwaltung

- Eine Vorsorgestiftung „Sparen 3“ untersteht nicht der Aufsicht über die berufliche Vorsorge, sondern der allgemeinen Stiftungsaufsicht 85/86 S. 189
- Stillegung einer Stifterfirma als ausreichender Grund für die Auflösung der Stiftung 83/84 S. 188
- Ausrichtung von Unterstützungsleistungen aus dem Stiftungsvermögen beim Ausfall der Lohnzahlungen nach Konkurs der Stifterfirma 81/82 S. 166
- Umwandlung einer Stiftung 79/80 S. 131

- Änderung der Stiftungsurkunde im Zusammenhang mit der Sitzverlegung einer Personalfürsorgestiftung 79/80 S. 131
- Auflösung einer Personalfürsorgestiftung 79/80 S. 132; 77/78 S. 217

Stimmenvergleich

Gerichte

- als Zwangsmassnahme in der Strafuntersuchung 81/82 S. 146

Stimmrecht

Verwaltung

- in der Gemeindeversammlung 87/88 S. 176

Stimmrechtsbeschwerde

Verwaltung

- Voraussetzungen des politischen Wohnsitzes bei eidgenössischer Stimmrechtsbeschwerde 91/92 S. 239
- verpasste Frist und Entgegennahme als Aufsichtsbeschwerde 89/90 S. 157
- gegen Beschlüsse der Kirchgemeinde 87/88 S. 195

Stockwerkeigentum

Verwaltung

- und Grunddienstbarkeiten 79/80 S. 140

Strafantrag

Gerichte

- kein Antragsrecht des gemeindlichen Sozialdienstes beim Tatbestand der Vernachlässigung der Unterstützungspflichten 87/88 S. 138

Strafaufschub

- s. Massnahme, ambulante

Strafbefehl

Gerichte

- Aufhebung, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Tat unter eine schwerere Strafbestimmung fällt 93/94 S. 193
- s. Beschwerde
- s. Frist

Strafgefangener

- s. Wohnsitz

Strafgerichtspräsident

Gerichte

- s. Sicherheitshaft

Strafkläger

- s. Parteientschädigung

Strafurteil

Gerichte

- Teilanfechtung 79/80 S. 109; S. 110

Strafvollzug

Gerichte

- Wann kann bei Widerruf des bedingten Strafvollzugs noch von einem leichten Fall gesprochen werden? 93/94 S. 150
- bei rückfälligen angetrunkenen Motorfahrzeugführern 87/88 S. 107

Strafzumessung

Gerichte

- bei fahrlässiger Tötung im Strassenverkehr 87/88 S. 108

Strassenbezeichnung

Verwaltung

- Wahlfreiheit des Gemeinderates 91/92 S. 340
- Ermessenskontrolle; Namensschutz 81/82 S. 193

Strassenlärm

- s. Wohnanteil

Strassenreglement

Gerichte

- Die Verjährungsfrist für die Festlegung von Perimeterbeiträgen beträgt 10 Jahre 85/86 S. 31
- Perimeterpflicht 85/86 S. 32
- Bedingungen für einen Kantonsbeitrag an Gemeindestrassen 79/80 S. 188

Strassenreklame

Verwaltung

- Bewilligung von Plakatstellen entlang von Kantonsstrassen 97/98 S. 328
- zulässige Grösse 93/94 S. 298

Streitobjekt

Gerichte

- Parteistellung bei Verkauf des Streitobjektes während des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens 87/88 S. 119

Streitverkündung

- s. Sicherstellung

Streitwert

Gerichte

- s. Anfechtungsklage

- Verweist der Einzelrichter in Strafsachen (Polizeirichter) eine adhäsionsweise geltend gemachte Zivilforderung auf den Zivilweg, weil der Streitwert seine Kompetenz übersteigt, kann das Strafgericht erstinstanzlich über die Zivilforderung entscheiden, sofern im Strafpunkt Berufung erklärt wurde 81/82 S. 151
- Berechnung bei der Arrestprosequierungsklage 79/80 S. 97

Suspensiveffekt

- s. Wirkung, aufschiebende

T

Tantiemen

- s. Alters- und Hinterlassenenversicherung

Tatbegehung

Gerichte

- Aufgabe der Rechtsfigur des „fortgesetzten Delikts“ 91/92 S. 182

Tausch

Verwaltung

- s. Steueraufschub
- eines Mündelgrundstücks 81/82 S. 176

Treu und Glauben

Verwaltung

- Verstoss durch Verhalten wider eine behördliche Auskunft? 91/92 S. 276

Todesbescheinigung

Verwaltung

- Beweis für den Tod einer Person 87/88 S. 223

Tötung, vorsätzliche

- s. Genugtuung

Tötung, fahrlässige

- s. Strafzumessung

U

Überschuldungsanzeige

Gerichte

- Für den Entschluss, dem Richter die Überschuldung anzuzeigen, genügt ein Mehrheitsbeschluss des Verwaltungsrates 93/94 S. 122

Überweisungsverfahren

- s. Anklageprinzip

Überweisungsverfügung

- s. Beweisergänzung
- s. rechtliches Gehör

Uferabstand

- s. Gewässerschutz

Umweltschutz

Verwaltung

- Darf das Abbruchmaterial von Gebäuden, die in einer Industrie- und Gewerbezone liegen, in deren Kellerräumlichkeiten eingelagert werden? 95/96 S. 172
- Ablagerung von unverschmutztem Aushubmaterial ausserhalb der Bauzone zur Verbesserung des landwirtschaftliche genutzten Bodens 95/96 S. 175

Umweltverträglichkeitsprüfung

Gerichte

- Zonenplanverfahren ist massgebendes Verfahren für die Zone übriges Gebiet für Kiesabbau 97/98 S. 108

Unfallversicherung

Gerichte

- Definition des Unfalls 97/98 S. 42

- Verbot der Überentschädigung; Berechnung des mutmasslichen Verdienstes bei Teilerwerbstätigen 93/94 S. 89
- s. Existenzminimum
- Kopfschmerzen zufolge beruflichen Stresses sind keine Berufskrankheit 85/86 S. 75

Unterhaltsanspruch

Gerichte

- der unverheirateten Mutter 89/90 S. 94; 87/88 S. 89

Verwaltung

- Geltendmachung im Rahmen eines Kindesschutzverfahrens 93/94 S. 285

Unterhaltsbeitrag

Gerichte

- Festsetzung des Unterhaltsbeitrages des Ehegatten, welchem nach der Scheidung das Kind nicht zugesprochen wird 97/98 S. 121
- Der gerichtlich bestimmte Termin für die Zahlung ist ein Verfalltag 97/98 S. 151
- Eine Indexierung von Unterhaltsbeiträgen im Verfahren nach Art. 145 bzw. 172 ff. ZGB ist in der Regel nicht angezeigt 93/94 S. 108
- Indexklausel bei Unterhaltsbeiträgen 87/88 S. 88

Verwaltung

- Genehmigung eines Abfindungsvertrages bezüglich Unterhaltsbeiträge für ein Kind durch die Vormundschaftsbehörde 91/92 S. 313; 89/90 S. 212

Unterstützungsleistungen

Verwaltung

- Rückerstattung von Unterstützungsleistungen der Fürsorgebehörde 87/88 S. 268
- an eine im Konkubinat lebende Frau mit Kindern aus geschiedener Ehe und einem aus einer eheähnlichen Verbindung entsprossenen Kind 83/84 S. 211

Untersuchungshaft

Gerichte

- Der Antrag des Untersuchungsrichteramtes um Haftverlängerung kann nicht mit Beschwerde nach § 80 Ziff. 1 StPO angefochten werden 97/98 S. 212
- Beschwerde gegen die Eröffnung 95/96 S. 108

Untersuchungshandlung

- kein Recht des Privatklägers im Strafprozess auf Teilnahme 93/94 S. 194

Untersuchungsrichter

- s. Rechtshilfe
- s. Beweisergänzung
- s. Rechtshilfe
- s. Aktenergänzungsbegehren

Untersuchungsverfahren

Gerichte

- Sicherstellung der Parteientschädigung 95/96 S. 93
- Konnexität der Widerklage im Arbeitsrechtsprozess 87/88 S. 132
- Säumnisfolge 85/86 S. 124

Unzuständigkeitseinrede

- s. Einlassung

Urkunde

Gerichte

- bei der Bescheinigung über die Einreichung eines Asylgesuchs handelt es sich um eine Urkunde im Sinne von Art. 110 StGB 93/94 S. 158

Verwaltung

- Echtheit der Eheschlussurkunde 95/96 S. 156

Urnenabstimmung

- s. Abstimmungsbeschwerde
- s. Kognition

V

Vaterschaftsanfechtung

- s. Grund, wichtiger
- Kostenverteilung 81/82 S. 125

Verantwortlichkeit

Gerichte

- Kosten- und Entschädigungsfolge im aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsprozess 97/98 S. 137
- Abdeckung von Haftentschädigungsansprüchen 97/98 S. 69
- Schadensnachweis bei aktienrechtlicher Verantwortlichkeit 91/92 S. 135

Verwaltung

- eines Beamten bei Unregelmässigkeit beim Erfassen der Arbeitszeit durch die Stempelkarte 91/92 S. 244
- Voraussetzungen des Schadenersatzes nach Verantwortlichkeitsgesetz 87/88 S. 164; 87/88 S. 168

Verbeiraturg

Verwaltung

- Zuständigkeit des Bürgerrates zur Aufhebung 89/90 S. 204

Verein

- s. Grundbuch
- s. Mitgliederbeiträge
- s. Beschwerdelegitimation

Verfügung

Gerichte

- Verfügungen sind dem bevollmächtigten Vertreter und nicht dem Vertretenen zuzustellen 97/98 S. 200
- Begriff der beschwerdefähigen Verfügung 97/98 S. 227

- s. Waldfeststellung
- s. Verfügung, superprovisorische
- s. Verfügung, prozessleitende
- s. Vermächtnis
- s. Vorschusspflicht
- s. Aufsichtsbeschwerde
- s. Beschwerde
- s. Einstellungsverfügung
- s. Referent
- s. Sistierung
- s. Überweisungsverfügung

Verfügung, prozessleitende

Gerichte

- Beschwerde an die Justizkommission bei Auferlegung eines Kostenvorschusses 95/96 S. 98
- Zulässigkeit der Beschwerde, sofern es sich nicht um einen Beweisbescheid handelt 81/82 S. 14

Verfügung, superprovisorische

Gerichte

- keine Beschwerde nach § 208 Ziff. 1 ZPO 97/98 S. 188
- Mit der Erteilung der aufschiebenden Wirkung im Beschwerdeverfahren kann nicht erreicht werden, dass die superprovisorische Verfügung der Vorinstanz wieder auflebt 85/86 S. 136
- Erlass durch den Präsidenten der Justizkommission 85/86 S. 137

Vergleich

Gerichte

- Vergleich im Rechtsöffnungsverfahren 97/98 S. 199
- s. Gerichtskosten

- gerichtlicher Vergleich als Rechtsöffnungstitel 85/86 S. 97
- Anfechtbarkeit eines gerichtlichen Vergleichs 81/82 S. 143

Verhöramt

- s. Untersuchungsrichteramt

Verjährung

Gerichte

- Für Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis gilt generell die fünfjährige Verjährungsfrist. 91/92 S. 127.
- Verjährung des Rückgriffs des Wechselbürgen 91/92 S. 128
- von Perimeterbeiträgen 85/86 S. 31
- von Kanalisationsgebühren 85/86 S. 202
- Unterbrechung bei Ladung zu einem amtlichen Sühneversuch 81/82 S. 136
- Die Zustellung einer Steuererklärung unterbricht die Verjährung nicht 81/82 S. 26
- Verjährungsfrist für die ordentliche Steuerveranlagung 77/78 S. 35

Verwaltung

- öffentlich-rechtlicher Geldforderungen 81/82 S. 176

Verkaufsbemühungen

- s. Grundstückgewinnsteuer

Verkehrsordnung

- s. Gemeinde

Verkehrsregelverletzung

- s. Drogen
- s. Ordnungsbussenverfahren

Vermächtnis

Gerichte

- Verfügung des Willensvollstreckers über die Ausrichtung eines zivilrechtlich umstrittenen Vermächtnisses 83/84 S. 92

Vermittlungsfähigkeit

Gerichte

- eines Arbeitslosen vor Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit 95/96 S. 49

Verfründungsvertrag

- s. Beurkundungsbefugnis

Versuch

Gerichte

- Rücktritt bei Mittäterschaft 77/78 S 156

Vertretung

Gerichte

- Der ausländische Anwalt ist im zugerischen Strafverfahren nicht zur berufsmässigen Vertretung zugelassen 89/90 S. 125
- s. Selbstkontrahierung

Vertretungsbeistand

- s. Interessenkollision
- s. Beistand

Verwahrung

Gerichte

- des Täters, der infolge seines Geisteszustandes die öffentliche Sicherheit in schwerwiegender Weise gefährdet 97/98 S. 169

Verwaltungsbeschwerde

Verwaltung

- Legitimation 97/98 S. 87; 77/78 S. 211
- gegen die Zuweisung anderer Arbeit 95/96 S. 125
- gegen einen Vorentscheid 95/96 S. 189

Verwaltungsgebührentarif

Gerichte

- Dem Anzeiger dürfen bei der Erledigung der Aufsichtsbeschwerde keine Kosten auferlegt werden 91/92 S. 202

Verwaltungsgericht

Gerichte

- als einzige kantonale Instanz bei Streitigkeiten betreffen die berufliche Vorsorge 89/90 s. 89
- Zuständigkeit zur Überprüfung von Verwaltungsentscheiden des Regierungsrates 81/82 S. 119
- Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen als Rechtsfrage 79/80 S. 36
- keine Überprüfung des Ermessens des Regierungsrates 79/80 S. 49; 77/78 S. 120
- Kognitionsbefugnis 77/78 S. 179
- s. Regierungsrat

Verwaltungsgerichtsbeschwerde

Gerichte

- Legitimation 97/98 S. 87
- Wieweit ist die Verwaltungsgerichtsbeschwerde persönlich Betroffener gegen den Genehmigungsentscheid des Regierungsrates auch ohne Teilnahme am Beschwerdeverfahren vor dem Regierungsrat zulässig? 91/92 S. 39
- gegen die Wahl des Vormundes 85/86 S. 118

- gegen die Nichtgenehmigung der von der Gemeinde beschlossenen Einzonung durch den Regierungsrat 83/84 S. 43
- s. Aufsichtsbeschwerde
- gegen die Zonenplangenehmigung durch den Regierungsrat 83/84 S. 114
- gegen einen Verwaltungsentscheid einer Direktion des Regierungsrates 81/82 S. 117
- auch gegen einen Nichteintretensentscheid 81/82 S. 118
- Berechtigung des Einwohnerrates zur Rüge der rechtsungleichen Handhabung von Bauvorschriften 79/80 S. 88
- Legitimation einer Gemeinde bei Verletzung der Gemeindeautonomie 77/78 S. 173
- Zur Erhebung der kantonalen Verwaltungsgerichtsbeschwerde ist legitimiert, wer durch eine Verfügung in höherem Masse als jeder beliebige Dritte oder die Allgemeinheit berührt wird 77/78 S. 175
- s. Wirkung, aufschiebende

Verwaltungsrat

Gerichte

- Weisungsrecht des Auftraggebers; ein Auftragsverhältnis, wonach die Mitglieder des Verwaltungsrates einer Aktiengesellschaft unter Vorbehalt zwingender gesetzlicher und statutarischer Vorschriften verpflichtet sind, bei ihrer Verwaltungstätigkeit den Willen und die Weisungen des rechtlichen oder tatsächlichen Alleinaktionärs oder einer Aktionärsgruppe zu befolgen, ist weder rechts- noch sittenwidrig 91/92 S. 123.
- s. Alters- und Hinterlassenenversicherung
- Verwaltungsräte von juristischen Personen, welche im Prozess Parteistellung haben, werden als Parteien und nicht als Zeugen befragt 81/82 S. 106

Verwaltungsvermögen

Verwaltung

- Zuweisung von Liegenschaften zum Verwaltungs- oder Finanzvermögen? 93/94 S. 232
- Begriff des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens im allgemeinen 91/92 S. 262

Vorentscheid

Gerichte

- Wann verleihen behördliche Vorentscheide einen Rechtsanspruch auf Einweisung in die Bauzone? 91/92 S. 26
- Berufung gegen einen Vorentscheid 79/80 S. 103
- s. Bauermittlungsverfahren

Vorerbe

- s. Beschwerdelegitimation

Vorladung

Gerichte

- einer Partei im Verwaltungsverfahren ohne Mitteilung an deren Vertreter 95/96 S. 19
- formelle Anforderung im Strafverfahren 93/94 S. 171

Vormundschaft

Verwaltung

- als Folge der Entziehung der elterlichen Gewalt beider Eltern 97/98 S. 304
- Voraussetzungen zur Anordnung nach 370 ZGB 89/90 S. 204
- s. Verwaltungsgerichtsbeschwerde
- Aufhebung und Anordnung einer Beiratschaft 83/84 S. 190
- wegen Misswirtschaft 81/82 S. 171
- Übertragung 81/82 S. 174
- Anlage von Mündelgeldern 81/82 S. 175
- auf eigenes Begehren 79/80 S. 134
- Aufhebung einer wegen Geisteskrankheit angeordneten Vormundschaft 79/80 S. 139

Vormundschaftsbehörde

Verwaltung

- Kassation eines Entscheides der Vormundschaftsbehörde bezüglich der Aufhebung einer Erziehungsbeistandschaft 97/98 S. 295
- Beteiligung an den Gutachterkosten 97/98 S. 311
- s. Wahl
- örtliche Zuständigkeit zum Erlass von Kinderschutzmassnahmen 95/96 S. 164; 93/94 S. 270
- s. Obhut
- s. Unterhaltsbeitrag
- Zuständigkeit zur Anordnung einer Vertretungsbeistandschaft nach Art. 392 Ziff. 1 ZGB 87/88 S. 208
- Zuständigkeit zur Regelung des Besuchsrechts 87/88 S. 230
- Zuständigkeit zur Aufhebung der elterlichen Obhut und zur Anordnung einer Erziehungsbeistandschaft 87/88 S. 238

Vorschusspflicht

Gerichte

- Verfügungen über die Vorschusspflicht im Zivilverfahren sind einzig gestützt auf den Beschwerdegrund der Verletzung klarer Prozessvorschriften (§ 208 Ziff. 4 ZPO) mit Beschwerde anfechtbar 87/88 S. 126

Vorsorge

- s. berufliche Vorsorge

Vorsorgliche Massnahmen

Gerichte

- des Regierungsrates: Anfechtbarkeit 97/98 S. 119
- Der schweizerische Richter ist befugt, gestützt auf Art. 10 IPRG vorsorgliche Massnahmen für die Dauer eines im Ausland hängigen Scheidungsprozesses zu erlassen 93/94 S. 127
- im Bereich des unlauteren Wettbewerbs 89/90 S. 106

- Zuständigkeit des staatlichen Richters bei Vereinbarung eines Schiedsgerichtes 89/90 S. 107
- im Befehlsverfahren 77/78 S. 196

Verwaltung

- zur Sicherstellung von Stiftungsvermögen 87/88 S. 224

Vortrittsrecht

Gerichte

- Vorsichtspflichten des Vortrittsberechtigten im Kreisverkehr 93/94 S. 161

W

Waffe

Gerichte

- Taschenmesser als „andere gefährliche Waffe“ 93/94 S. 152
- Küchenmesser als „andere gefährliche Waffe“ 93/94 S. 153

Waffentragschein

Verwaltung

- gesetzliche Grundlage 95/96 S. 114

Wahl

Verwaltung

- eines Beistandes durch eine örtlich unzuständige Vormundschaftsbehörde 95/96 S. 159
- s. Beistand

Wahlvorschlag

Verwaltung

- Voraussetzung für die Gültigkeit 97/98 S. 229

Waldfeststellung

Verwaltung

- Verfügung 81/82 S. 198

Widerklage

- Zulässigkeit; Erfordernis der Gleichartigkeit der Streitsache und des Verfahrens 85/86 S. 123
- s. Untersuchungsverfahren
- Voraussetzung 79/80 S. 99

Widerruf

- s. Strafvollzug

Wiederaufnahme

Gerichte

- des Verfahrens nach ZPO grundsätzlich nur gegenüber einem im ordentlichen Verfahren erlassenen Urteil oder Erledigungsbeschluss 97/98 S. 193
- eines Scheidungsverfahrens bei Einwilligung in eine Scheidungskonvention 97/98 S. 195
- des Verfahrens nur gegenüber einem rechtskräftigen Strafurteil, nicht gegenüber einem prozesserledigenden Beschluss 77/78 S. 205

Wiedererwägung

Verwaltung

- betreffend Unterschutzstellung eines Gebäudes nach Denkmalschutzgesetzgebung 93/94 S. 319
- bezüglich vorsorglicher Massnahmen zur Sicherstellung von Stiftungsvermögen 87/88 S. 224
- Parteientschädigung an den Beschwerdeführer bei Abschreibung der Beschwerde infolge Wiedererwägung 85/86 S. 190

Wiederherstellung

Gerichte

- der Frist bei Gesuchen um Prämienverbilligung 97/98 S. 66; 95/96 S. 54
- der Frist aus wichtigen Gründen 95/96 S. 62
- der Frist durch den Polizeirichter (Einzelrichter in Strafsachen) 87/88 S. 156
- versäumter gesetzlicher Fristen im Strafprozess 85/86 S. 105
- der versäumten Frist zur Bezahlung des Gerichtskostenvorschusses für das Berufungsverfahren, Voraussetzungen 85/86 S. 107
- der Beschwerdefrist nach Verwaltungsrechtspflegegesetz 81/82 S. 113

Verwaltung

- der aufschiebenden Wirkung
- s. Obhut

Willensvollstrecker

Gerichte

- Passivlegitimation im Prozess um die Willensvollstreckung 97/98 S. 123
- Aufsicht über die Amtsführung 77/78 S. 131

Verwaltung

- s. Vermächtnis
- Beanstandung der Amtsführung 83/84 S. 196
- Ausschluss der Teilungsklage 81/82 S. 81

Wirkung, aufschiebende

Gerichte

- Zeitpunkt des Eintritts 89/90 S. 143
- das Gesuch um aufschiebende Wirkung muss innerhalb der Beschwerdefrist gestellt werden 81/82 S. 142
- Zuständigkeit zum Entzug nach Verwaltungsrechtspflegegesetz 81/82 S. 201

Verwaltung

- Entzug bei einer allfälligen Verwaltungsgerichtsbeschwerde 97/98 S. 229

Wohnanteil

Verwaltung

- Strassenlärm kein Grund für eine Befreiung von Wohnanteilen 93/94 S. 295

Wohnraum

Verwaltung

- Definition 95/96 S. 179

Wohnsitz

Gerichte

- des Beklagten massgebend für die örtliche Zuständigkeit bei Klagen auf Änderung eines Trennungsurteils 97/98 S. 180
- Als Voraussetzung für Ergänzungsleistungen 97/97 S. 32

- bei Aufenthalt in einem Altersheim 93/94 S. 85
- als Erfordernis für den Bezug von kantonaler Arbeitslosenhilfe 93/94 S. 95
- s. Alters- und Hinterlassenenversicherung
- keine Begründung eines Wohnsitzes, wenn der Schuldner seine Schriften nur zum Zwecke der Konkursöffnung hinterlegt 81/82 S. 99
- ausnahmsweise Zuständigkeit des Richters am Wohnsitz des Klägers bei der Abänderungsklage 79/80 S. 63
- s. Zuständigkeit
- s. Beurkundungsbefugnis

Verwaltung

- eines Heimaufenthalters nach der interkantonalen Heimvereinbarung 93/94 S. 299
- s. Stimmrechtsbeschwerde
- des Ausländers im allgemeinen 89/90 S. 229
- eines Strafgefangenen 87/88 S. 192
- einer Person, die sich aus freien Stücken in einer psychiatrischen Klinik aufhält 87/88 S. 205
- einer verbeiständeten Person in Spitalpflege 87/88 S. 207
- Zuständigkeit zur Namensänderung bei Wohnsitz von Braut und Bräutigam in verschiedenen Kantonen 87/88 S. 218
- ausserkantonaler Chronischkranker 79/80 S. 127
- s. Feuerwehersatzabgabe

Wohnzone

Gerichte

- nicht störende Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe 95/96 S. 6; 85/86 S. 54
- Garagenbetrieb in der Wohnzone 85/86 S. 58

Verwaltung

- Zulässigkeit eines Schreinereibetriebes 89/90 S. 228

Z

Zahlungsbefehl

Gerichte

- fehlerhafte Zustellung 97/98 S. 147
- s. Anerkennung
- Berechnung der einjährigen Frist für dessen Gültigkeit 89/90 S. 113

Zeugenausschluss

Gerichte

- wegen Befangenheit 85/86 S. 131; 83/84 S. 136
- nicht wegen geringer Glaubwürdigkeit 83/84 S. 138
- des Rechtsvertreters einer Partei 77/78 S. 201

Zeugeneinvernahme

Gerichte

- Die blosse Möglichkeit, dass ein Zeuge, der als Tatbeteiligter von vornherein ausser Betracht fällt, in der Strafuntersuchung falsch aussagen könnte, rechtfertigt nicht ein Ausschluss vom Zeugnis 91/92 S. 219
- s. Beweisverwertungsverbot
- Ausschluss des Angeschuldigten bei Gefährdung des Untersuchungszwecks 89/90 S. 149
- s. Zwangsmassnahmen
- Teilnahmerecht des Angeschuldigten und seines Verteidigers 83/84 S. 141

Zeugnispflicht

Gerichte

- aus der Zeugnispflicht lässt sich die Pflicht, schriftliche Auskünfte zu erteilen, herleiten 93/94 S. 197
- s. Herausgabepflicht

Zeugnisverweigerung

- „persönliche Verantwortlichkeit“ im Sinne von § 29 Abs. 2 Ziff. 3 StPO umfasst sowohl die Gefahr der strafrechtlichen als auch der vermögensrechtlichen Verantwortlichkeit 93/94 S. 201

Zivilforderung

Gerichte

- Wurde eine im Strafverfahren adhäsionsweise gelten gemachte Zivilforderung von der Vorinstanz aus Versehen nicht beurteilt, so hat die Berufungsinstanz das Verfahren zur Ergänzung des Urteils zurückzuweisen 91/92 S. 233
- s. Streitwert
- Adhäsionsklage im Strafprozess: Begriff der Schadensforderung 77/78

Zivilstandsregister

Verwaltung

- Einsicht zum Zweck der Ahnenforschung 95/96 S. 150

Zonenkonformität

- s. Bau- und Planungsrecht
- Zulässigkeit von privaten Bauten in der Zone des öffentlichen Interesses 79/80 S. 172

Zonenplan

- s. Planungs- und Baurecht

Zufahrt

Gerichte

- hinreichende, nach bundesrechtlichen Minimalvorschriften 93/94 S. 3

Zuständigkeit

Gerichte

- zur Überprüfung der Orstplanung 97/98 S. 80

- Unzulässigkeit isolierter Kleinbauzonen 97/98 S. 81
- keine Beschwerde an die Justizkommission gegen den Zuständigkeitsbeschluss des Kantonsgerichts 95/96 S. 97
- des Konkursrichters bei Sitzverlegung nach Zustellung der Konkursandrohung 95/96 S. 83
- des Richters bei fürsorgerischem Freiheitsentzug 93/94 S. 3
- Der Richter am Betriebsort ist nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Streitigkeiten über das Freizügigkeitskonto nicht mehr zuständig. 93/94 S. 105
- Gewährleistung im Viehhandel; zur Leitung des Vorverfahrens ist diejenige Behörde örtlich zuständig, in deren Amtskreis sich das Tier befindet. 93/94 S. 114
- des Richters zur Anordnung von vorsorglichen Massnahmen für die Dauer eines im Ausland hängigen Scheidungsprozesses 93/94 S. 127
- s. Arrest
- Die sachliche Zuständigkeit hängt insbesondere davon ab, ob das zwischen den Parteien bestehende Rechtsverhältnis privatrechtlicher Natur ist. 93/94 S. 185
- des Richters im Erbteilungsprozess zur Vornahme der Erbteilung 85/86 S. 82
- des Richters am Arrestort für eine Arrestkaution 85/86 S. 98
- s. Lebensmittelpolizei
- s. Verwaltungsgericht
- s. Kantonsgericht
- ausnahmsweise Zuständigkeit des Richters am Wohnsitz des Klägers bei der Abänderungsklage 79/80 S. 63

Verwaltung

- der Vormundschaftsbehörde zur Entziehung der elterlichen Gewalt 93/94 S. 279
- örtliche und sachliche bei Namensänderung 89/90 S. 192; 83/84 S. 183
- der Vormundschaftsbehörde zur Regelung des Besuchsrechts 87/88 S. 230

- der Vormundschaftsbehörde zur Aufhebung der elterlichen Obhut und zur Anordnung einer Erziehungsbeistandschaft 87/88 S. 238
- des Richters oder der Aufsichtsbehörde zur Berichtigung des Eheregisters? 85/86 S. 188
- s. Wirkung, aufschiebende
- zum Entscheid über ein Bauermittlungsgesuch 77/78 S. 226

Zustellung

Gerichte

- Wann gilt eine eingeschriebene Briefpostsendung als zugestellt? Folgen bei Annahmeverweigerung 97/98 S. 211
- Wird eine Mitteilung sowohl der Partei als auch ihrem Bevollmächtigten zugestellt und geht sie ihnen an zwei verschiedenen Tagen zu, so ist für den Beginn des Fristenlaufs das spätere Datum massgebend 97/98 S. 200
- Erfolgt die Zustellung gerichtlicher Akten an die Parteien nicht mit eingeschriebener Post, so ist es Sache des Gerichtes, bei Bestreitung des Erhalts die Zustellung zu beweisen 93/94 S. 170
- Überschreitung der Abholfrist bei einer eingeschriebenen Sendung 91/92 S. 213
- s. Frist
- s. Steuerrecht
- s. Zahlungsbefehl

Zwangsmassnahmen

Gerichte

- bei rogatorischer Zeugeneinvernahme im Strafverfahren 85/86 S. 146

Zweckänderung

Gerichte

- einer Baute ausserhalb der Bauzone 85/86 S. 40
- einer Familienstiftung durch das Kantonsgericht 83/84 S. 90; 79/80 S. 63

Verwaltung

- eines Armenfonds 81/82 S. 158
- eines bestehenden Schulfonds 77/78 S. 213

Zwischenentscheid

Gerichte

- s. Beschwerde
- Eine Zeugenvorladung ist keine anfechtbare Zwischenverfügung 79/80 S. 86
- Berufung gegen einen Zwischenentscheid 79/80 S. 103

Zwischenveranlagung

Gerichte

- Führt die Verheiratung nicht zu einer Zwischenveranlagung, so ist auch nicht der Steuertarif für Verheiratete anzuwenden. 89/90 S. 13
- im Falle der Ehegattenbesteuerung nur, wenn insgesamt eine dauernde Veränderung der Verhältnisse eintritt 77/78 S. 37
- Bei einem Selbständigerwerbenden stellt die bloße Veränderung der Einkommenshöhe noch keine Veränderung der Grundstruktur der Erwerbstätigkeit dar, weshalb keine Zwischenveranlagung gegeben ist. 77/78 S. 96
- Anspruch auf Zwischenveranlagung bei Arbeitslosigkeit 97/98 S. 11